



Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage
des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Der gemeinsame Weg, 1913, die Ziele, 1914

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

6. Kapitel: Französisch-Russische Kriegsvorbereitungen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79837](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79837)

6. Kapitel
Französisch-russische Kriegsvorbereitungen

*Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland
vom 18./31. August 1911*

Amtliches Protokoll

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind die Generalstabschefs der russischen und französischen Armeen am 18./31. August 1911 in Krasnoje Selo zu einer Konferenz zusammengekommen. Der französische Militärattaché war in der Eigenschaft eines Sekretärs zugegen.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Veranlassung gegeben:

Einleitung

Die beiden Generalstabschefs erklären einstimmig, daß die Worte „Defensiv-Krieg“ nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden können, den man in defensiver Weise führen wird. Vielmehr erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen, und zwar soweit als möglich zur gleichen Zeit gemäß dem Wortlaute des Artikels 3 der Konvention, wonach „die Streitkräfte der beiden vertragschließenden Mächte mit allem Nachdruck und größter Beschleunigung einzusetzen sind“ („s'engagent à fond et en toute diligence“).

Artikel 1

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauten:

„Indem die beiden Generalstabschefs den Standpunkt der früheren Konferenzen bestätigen, sind sie darüber vollkommen einig, daß die Niederlage der deutschen Heere unter allen Umständen das erste und hauptsächlichste Ziel der verbündeten Armeen bleibt.“

Artikel 2

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauten:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei Besprechung vom 8./21. April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hiervon mobil zu machen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobil gemacht wird. Dementsprechend richten sie an ihre Regierungen die Bitte, über diesen Punkt, der bereits die Aufmerksamkeit ihrer Vorgänger auf sich gelenkt hat, genaue Bestimmungen zu treffen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Dubail setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die neuerdings von den Deutschen an ihren Eisenbahnen im Westen vorgenommen wurden (Schienenwege, Werkstätten, Ausladerampen), ebenso wie auch aus den an der französischen Grenze errichteten Befestigungen.

Der Chef des französischen Generalstabs entwickelt hierauf die folgenden Erwägungen: Aus dem, was man über die deutsche Mobilmachung und Kräftekonzentration weiß, kann man den Schluß ziehen, daß die ersten großen Zusammenstöße wahrscheinlich in Lothringen, Luxemburg und Belgien zwischen dem 15. und 18. Tage stattfinden werden.

Die französische Armee wird zu diesem Zeitpunkt einen Effektivbestand haben, der die 1300000 Mann, die im Artikel 3 der Konvention vorgesehen sind, übersteigt.

Man hat Grund zur Annahme, daß die Deutschen die Operationen mit dem äußersten Nachdruck durchführen werden, um vom ersten Tage dem Gegner ihren Willen aufzuzwingen und um die Entscheidung herbeizuführen, oder um die Franzosen wenigstens in die Defensive zu drängen. Im Falle des Erfolgs hätten sie dann die Möglichkeit, zu geeigneter Zeit den größten Teil ihrer Streitkräfte gegen die Russen anzusetzen.

Der französische Generalstab hat Grund zu glauben, daß, falls ein Krieg von Deutschland hervorgerufen würde, unter den gegeb-

nen Verhältnissen (August 1911) weder Österreich noch Italien ihm sofort Gefolgschaft leisten würden.

General Gilinsky gibt zu, daß dies bezüglich Italiens zutreffe, aber er ist im Gegenteil der Meinung, daß die Österreicher gebunden sein werden, sich ganz und gar auf die Seite der Deutschen zu stellen, wenn auch nur aus Dankbarkeit für die von den Deutschen den Österreichern in Bosnien und der Herzegowina geleistete Unterstützung.

General Dubail erläutert bei seinen weiteren Darlegungen die großen Linien der französischen Mobilmachung und Kräftekonzentration.

Er zeigt, daß das französische Heer ebenso rasch wie das deutsche konzentriert wird, und daß es vom 12. Tage an in der Lage ist, gegen Deutschland — mit Hilfe der englischen Armee auf dem linken Flügel — die Offensive zu ergreifen.

Frankreich ist daher marschbereit in dem gemäß Artikel 3 der Militärkonvention von 1892 genau vorgeschriebenen Sinne. Um jedoch des Erfolges sicher zu sein, ist es notwendig, daß Frankreich die gleichzeitige und wirksame Unterstützung der russischen Armee erhält.

Mit einem Worte, Deutschland muß zur gleichen Zeit im Westen und im Osten angegriffen werden.

In Anbetracht der außerordentlichen Unterschiede der geographischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Lage der alliierten Nationen hat die Schwierigkeit immer darin bestanden, diese Gleichzeitigkeit soweit als möglich zu erreichen, die ein augenblicklich nicht zu verwirklichendes Ideal darstellt.

Seit 1900 hat sich der russische Generalstab in Übereinstimmung mit dieser Anschauung zum Angriff am 18. Tage verpflichtet, und zwar mit einer ersten Staffel, die ausreichend wäre, um 5 oder 6 deutsche, von einer gewissen Anzahl Reservedivisionen unterstützte Armeekorps siegreich zu bekämpfen.

Im Jahre 1908 faßte er, vom selben Gedanken ausgehend, diejenigen Maßnahmen ins Auge, die dazu dienen sollten, die Deutschen vom ersten Anfang eines Krieges an soviel als möglich an ihrer Ostfront zu beunruhigen.

Es hat den Anschein, daß die neue Dislokation der russischen Truppen in Friedenszeiten gewisse Schwierigkeiten im Hinblick auf ein rasches Eingreifen gleich beim Beginn eines Feldzuges nach sich zieht.

In der Tat, im Jahre 1910 war das Überschreiten der Grenze so festgesetzt, als ob dies erst gegen den 20. Tag der Fall sein sollte.

Der französische Generalstab kann nur noch einmal bestätigen,

was er schon zu wiederholten Malen auf den früheren Konferenzen geäußert hat:

Für ihn besteht das von den russischen Armeen zu verfolgende Ziel darin, Deutschland zu zwingen, so große Streitkräfte als nur möglich an seiner Ostgrenze zu belassen.

Dieses Ziel, welches den Hauptinhalt der Militärkonvention von 1892 bildet, kann nur durch die Offensive erreicht werden.

Die Wirkung dieser Offensive wird um so sicherer sein, je früher sie vor sich gehen, mit je größeren Streitkräften sie durchgeführt und eine je gefährlichere Richtung sie für den Gegner nehmen wird.

Unter diesen Umständen, da die Konferenzteilnehmer einstimmig zugeben, daß die Deutschen die Hauptmasse ihrer Streitkräfte gegen Frankreich richten werden, drückt der Chef des französischen Generalstabs den Wunsch aus, daß man sich so eng wie möglich an den Plan halte, die Offensive mit einer ersten Staffel schon am 18. Tage zu ergreifen; vielleicht könnte diese Frist dank den neuerdings in der russischen Mobilmachung und Konzentration eingeführten Fortschritten noch vermindert werden.

General Dubail schließt seine Darlegung mit dem Hinweis darauf, daß er die verschiedenen Gründe nicht verkennt, die Rußland gezwungen haben, die Friedensdislokation seiner Truppen auf seinem Gebiet zu ändern. Den Anstrengungen, die seit drei Jahren von Rußland zur Verstärkung seiner Militärmacht gemacht worden sind, drückt er seine aufrichtige Anerkennung aus, und er freut sich, die Fortschritte feststellen zu können, die sich für die Gesamtlage des befreundeten und alliierten Heeres durch die letzten für die Mobilmachung getroffenen Modifikationen ergeben.

General Gilinsky legt seinerseits den russischen Standpunkt dar:

Vor allem bestätigt er nachdrücklichst den Willen der Kaiserlichen Regierung, die durch die Konvention auferlegten Verpflichtungen auf das genaueste zu erfüllen.

General Dubail erklärt sofort, daß er die Loyalität dieser Erklärung ihrem ganzen Wesen nach würdigt in einem Zeitpunkte, in dem sich wegen der marokkanischen Angelegenheiten Schwierigkeiten ergeben und in dem man sich über die wirklichen Absichten Deutschlands noch nicht genaue Rechenschaft geben kann.

General Gilinsky fügt hinzu, daß der russische Generalstab, da die Gefahr eines Konfliktes tatsächlich besteht, die Pflicht hat, den französischen Generalstab über den gegenwärtigen Stand der russischen Armee genau aufzuklären.

Dieselbe setzt ihre Reorganisation fort, wie sie sich aus dem Kriege in der Mandschurei ergeben hat; aber diese Umgestaltung hat in Wirklichkeit erst im Jahre 1908 begonnen, d. h. vor vier Jahren. Eine große Anzahl von Verbesserungen ist auf dem Wege der Ausführung; aber obwohl man hierbei mit dem größten Nachdruck vor-

geht, wird das russische Heer in bezug auf schwere Feldartillerie (artillerie lourde de campagne) erst im Jahre 1913 seine vollständige Bewaffnung haben, in bezug auf Maschinengewehre erst im Jahre 1914 und in bezug auf neue Infanteriemunition erst im Jahre 1916. Außerdem fehlt es für den größten Teil der Reserveregimenter an Ausrüstung. General Gilinsky machte über diese Punkte genaue Angaben mit entsprechenden Belegziffern.

Er fügt hinzu, daß das russische Heer, sobald seine Reorganisation vollendet sein wird, einen weit größeren Effektivbestand als die durch die Konvention vorgeschriebenen 800 000 Mann wird aufstellen können.

Aber es muß bemerkt werden, daß Österreich in militärischer Hinsicht große Fortschritte gemacht hat. Seine Mobilmachung erfolgt jetzt ebenso rasch wie die der russischen Armee, und sein Aufmarsch ist mehr in die Nähe der Grenze verlegt. Im Gegensatz zu dem, was bis jetzt galt, muß der russische Generalstab zugeben, daß Österreich imstande wäre, die Offensive vor derjenigen der russischen Truppen zu ergreifen, die bestimmt sind, ihm entgegenzutreten.

Unter diesen Umständen scheint Rußland vor wenigstens zwei Jahren nicht imstande, gegen Deutschland einen Krieg mit Gewißheit des Erfolges führen zu können. Es wäre gewiß in der Lage, einen Schlag zu parieren, aber weniger, einen entscheidenden Schlag zu führen.

Welcher Art die in der Kriegsbereitschaft der russischen Armee oben angegebenen Lücken auch sein mögen, der befreundete und alliierte Generalstab erklärt sich bereit, die Wünsche des französischen Generalstabs in weitestgehendem Maße zufriedenzustellen.

General Gilinsky erklärt im besonderen, daß die mobilisierten Truppen des aktiven Heeres mit Ausnahme der letzten Bestandteile der Trains ihre Konzentration an der Grenze am 15. Tage vollendet haben werden, und daß man bemüht sein wird, von diesem Zeitpunkt an die Offensive zu ergreifen, ohne auf die letzten in Frage kommenden Kontingente zu warten, die erst am 20. Tage vollständig sein werden.

General Gilinsky ist der Ansicht, daß die Deutschen durch die vom russischen Generalstab getroffenen Maßnahmen gezwungen sein werden, mindestens 5 bis 6 Armeekorps an ihrer Ostgrenze zu belassen, wie es der französische Generalstab verlangt. Außerdem macht er Einzelangaben über die Mobilmachung und Konzentration der russischen Armee (Effektivbestände, Vorbereitungsfristen, Aufmarschplan).

General Dubail dankt General Gilinsky für die Offenheit seiner Darlegungen über den gegenwärtigen Stand der russischen Vorbereitung und erklärt sich vollkommen befriedigt von einer Offensive,

die gleich nach dem 15. Tage einsetzen wird, und die imstande wäre, mindestens 5 bis 6 deutsche Armeekorps an der ostpreussischen Grenze festzuhalten.

Artikel 4

Die Chefs der Generalstäbe nehmen ohne Änderung die sechs ersten Paragraphen der Bemerkungen an, die Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauten:

Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden;

II. außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht;

III. das Protokoll der Konferenz wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes mit dem Ersuchen der Unterzeichnung durch den Kriegsminister und den Ministerpräsidenten unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können;

IV. der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den Generalstäben soll in einer zusammenhängenderen und vollständigeren Weise erfolgen.

Insbesondere wird man sich vor jeder Konferenz über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen.

Die Generalstabschefs bestehen vor allem darauf, daß die Konferenzprotokolle der Ratifikation der beiderseitigen Regierungen unterbreitet werden.

Was die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten anbetrifft, sind die Konferenzteilnehmer einverstanden, daß der drahtlosen Telegraphie der Vorzug gegeben werden muß.

Die Linie Paris—Bobrouisk funktioniert in beiden Richtungen auf befriedigende Weise. Gleichwohl ist es wünschenswert, auf der Station Bobrouisk stärkere Apparate aufzustellen, um einer systematischen Störung entgegenzutreten.

Die Station Sebastopol funktioniert nicht regelmäßig. Der russische Generalstab erklärt, daß die Absicht besteht, sie völlig der Marine zu überlassen, der sie gehört, und die sie für ihren eigenen Dienst beinahe ohne Unterbrechung in Anspruch nimmt, und daß weiterhin die Absicht besteht, am Ufer des Schwarzen Meeres, und

zwar an einem anderen Orte als Sebastopol, eine andere Station zu errichten, die ausschließlich Kriegszwecken dienen soll.

Die Friedensschiffen werden seit 1911 benützt. General Dubail bringt zur Kenntnis, daß die Kriegsschiffen wahrscheinlich in einem Monat fertiggestellt sein werden.

Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß zu Beginn des nächsten Oktobers die technischen Mitglieder der franko-russischen Kommission wieder einzuberufen seien, um an Ort und Stelle die Einzelmaßnahmen zu studieren, die zu ergreifen sind, damit die vier Stationen Bobrouisk, Paris, Schwarzes Meer, Bizerta einen sicheren Dienst gewährleisten. Diese technische Kommission sollte ihre Sitzungen zuerst in Bobrouisk und dann in der Krim abhalten; hernach könnte man sie in Paris und Bizerta fortsetzen, wenn dies notwendig sein sollte.

Die anderen Mittel, die man für Kriegszeiten zur gegenseitigen Verständigung vorgesehen und organisiert hat, sind folgende:

I. Geheime Kuriere, die den Dienst zwischen Belgien und Dänemark versehen. Es ist jetzt beabsichtigt, diese Verbindung über England und Dänemark herzustellen.

II. Telegraphische Verbindung über die Vereinigten Staaten von Nordamerika und über den Stillen Ozean oder über das Mittelländische Meer und die Türkei.

Der Gedanke eines direkten Kabels zwischen Frankreich und Rußland ist aufgegeben. Ebenso wie die Verbindung durch Brieftauben.

Artikel 5

Die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauteten:

„Die Konferenzteilnehmer sind einig, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, nicht nur keinen Einzelfrieden abzuschließen, sondern auch weder die Kriegsoperationen einzeln einzustellen noch einzeln einen Waffenstillstand abzuschließen.“

Artikel 6

Der Artikel 6 bleibt aufgehoben.

In Übereinstimmung mit dem diplomatischen Abkommen vom August 1899, das unter Kapitel I der Unterredung vom 2. Juli/19. Juni 1900 erwähnt wird, soll die Konvention für die gleiche Zeitdauer gelten wie die diplomatischen Abkommen, die augenblicklich in Kraft sind und deren Ergänzung sie bildet.

Artikel 7

Keine Bemerkungen.

Unterzeichnet:

Der Generalstabschef der russischen Armee
J. Gilinsky

Der Generalstabschef der französischen Armee
Dubail

Gesehen:

Der Kriegsminister
Messimy

Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland vom 14. Juli 1912

Amtliches Protokoll

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Seine Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee, und General Joffre, Generalstabschef der französischen Armee, zu einer Konferenz in Paris am 1./14. Juli 1912 zusammengekommen.

Außerdem waren zugegen: General de Curières de Castelnau, erster Gehilfe des Generalstabschefs, Oberst Matton, Militärattaché bei der französischen Botschaft in Rußland, Oberst Graf Ignatieff, Militärattaché bei der russischen Botschaft in Paris; die beiden letztgenannten Offiziere in der Eigenschaft als Sekretäre.

Die verschiedenen Punkte der Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung

Zunächst beschließen die Konferenzteilnehmer, daß jedesmal, wenn sie eine oder mehrere Bestimmungen des Protokolls der vorhergehenden Konferenz einstimmig annehmen, deren Wortlaut im vorliegenden Protokoll unverändert wiedergegeben werden soll.

Am Rande des so wiederholten Wortlautes soll ein besonderer Vermerk eingetragen werden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, eine Bezugnahme auf den Text des früheren Protokolls soweit als möglich zu erübrigen.

Einleitung

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.
(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Artikel 1

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.
(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Artikel 2

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die folgendermaßen abgefaßt waren:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei der Besprechung vom 8./21. April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hiervon mobil zu machen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobil gemacht wird.“ Diese Auslegung der Konvention hat die Zustimmung der russischen und französischen Regierungen durch ihre Unterschriften auf dem Konferenzprotokoll vom August 1911 gefunden.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Joffre setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die von den Deutschen fortwährend an ihrem Eisenbahnnetz im Westen (Schienenwege, Werkstätten, Ausladerampen) vorgenommen werden, ebenso wie auch aus den neuerdings in der Nähe der französischen Grenze, besonders in der Eifelgegend, getroffenen Maßnahmen.

Der französische Generalstabschef besteht vor allem darauf, daß die Deutschen ein Interesse daran haben, nacheinander und getrennt erst gegen Frankreich und dann gegen Rußland zu operieren. Der Plan der Verbündeten muß im Gegenteil darin bestehen, bestrebt zu sein, im gleichen Zeitpunkte von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

Im Hinblick darauf und unter Berücksichtigung der augenblicklichen Lage Italiens, das mit den Türken im Kriege steht, und der Beziehungen Italiens zu Frankreich und Rußland, hat der französische Generalstab seinen Konzentrationsplan auf folgenden Grundlagen aufgebaut:

Das äußerste Minimum an Truppen, vor allem aus Reserveeinheiten bestehend, wird an der Alpengrenze belassen, um die Alpenübergänge Schritt um Schritt zu verteidigen. Das Gros der französischen Streitkräfte wird gleich vom Anfang an an der deutschen Grenze konzentriert. Ihre gesamte Stärke wird die durch Artikel 3 der Konvention von 1892 vorgesehenen 1 300 000 Mann erheblich überschreiten.

Außerdem läßt der französische Generalstab an dem Eisenbahnnetz der verschiedenen Eisenbahngesellschaften neue Verbesserungen vornehmen, und zwar derart, daß auf diese Weise in nächster Zeit die Konzentration um ein bis zwei Tage beschleunigt werden kann, so daß man sich schließlich in einem Jahre Deutschland gegenüber im Vorteil befinden wird. 11 Millionen Franken werden von jetzt ab für diese Arbeiten bestimmt.

Zum Beleg für seine Darlegungen zeigt General Joffre eine Karte, auf der der französische Konzentrationsplan dargestellt ist. General Gilinsky teilt vollständig die grundsätzliche Anschauung des französischen Generalstabschefs in bezug auf die Notwendigkeit, seinerzeit die von der Hauptmasse der beiden verbündeten Armeen gegen Deutschland zu richtenden Anstrengungen in zeitliche Übereinstimmung zu bringen.

In gleicher Weise teilt er die Meinung hinsichtlich der italienischen Armee, deren Rolle unter den gegenwärtigen Umständen, wenigstens bei Beginn der Feindseligkeiten, keine sehr aktive sein dürfte.

Österreich hingegen hat seine Militärmacht stark entwickelt; Rußland kann sich der Gefahr eines Mißerfolgs auf der österreichischen Seite nicht aussetzen. Die moralische Wirkung wäre unheilvoll. Es muß daher seine Streitkräfte teilen, um sowohl dieser Macht wie auch Deutschland zu gleicher Zeit entgegenzutreten.

Andererseits hatte es bisher den Anschein, daß Schweden entschlossen war, eine abwartende Haltung einzunehmen, um sich im günstigsten Augenblick auf derjenigen Seite zu befinden, zu deren Gunsten die Wage sich neigen würde. Heute ist es nicht mehr so. Von Deutschland aufgestachelt und fortgerissen, wird Schweden wahrscheinlich zur gleichen Zeit wie Deutschland gegen Rußland marschieren. Diese Erwägung wird dazu zwingen, in Finnland und in der Umgebung von St. Petersburg eine beträchtlichere Truppenzahl zu belassen als bisher bestimmt war.

Schließlich wird der Bau der Eisenbahnen in Kleinasien es den

Türken ermöglichen, ihre Mobilmachung und ihre Konzentration zu beschleunigen. Hieraus ergibt sich vielleicht in Zukunft die Notwendigkeit, eine größere Zahl von Streitkräften in diesen Gegenden zu belassen.

Jedenfalls ist der russische Generalstab stets bereit, gegen Deutschland eine Kraft von wenigstens 800 000 Mann zu konzentrieren, und er ist entschlossen, die Offensive seiner Armeen sofort nach dem 15. Mobilmachungstag wirksam werden zu lassen.

General Joffre weist darauf hin, daß die Niederlage Deutschlands sofort alle Befürchtungen zerstreuen wird, welche durch die Haltung Schwedens und der Türkei hervorgerufen werden könnten.

Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, welche um jeden Preis erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet offensichtlich einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis. In dieser Hinsicht weist General Joffre darauf hin, daß die von den russischen Truppen zum Transport gegen die Westgrenze des Reichs benutzten Eisenbahnlinien nicht alle doppelgleisig sind. Ihre Konzentration wird dadurch in verhängnisvoller Weise verlangsamt. Diese würde ganz bedeutend beschleunigt werden, wenn die zum Transport bestimmten eingleisigen Linien oder Sackbahnen doppelgleisig gelegt und einzelne derselben sogar vervierfacht würden, wie es der französische Generalstab bereits auf den französischen Staatsbahnen getan.

Dieser Ausbau könnte in zweckmäßiger Weise wohl folgendermaßen vorgenommen werden:

- a) Verdopplung der Linie St. Petersburg—Taps—Walk—Riga—Muraviewo—Kochedary;
- b) Verdopplung der Sackbahnen: Briansk—Gomel; Luninetz—Jabinka; der Linie von Orel nach Warschau über Brest-Litowsk;
- c) Vervierfachung der Sackbahnen Jabinka—Brest Litowsk, welche die beiden Zufahrtsstraßen, die eine von Moskau, die andere von Orel kommend, in Brest-Litowsk vereinigen würde;
- d) Vervierfachung der Sackbahnen Sielets—Warschau, welche die beiden Zufahrtsstraßen, die eine von St. Petersburg und die andere von Bologoe kommend, in Warschau vereinigen würde.

Schließlich wäre es von Wichtigkeit, die von Warschau nach Krakau und Thorn laufenden Linien auf russische Gleisspur zu bringen.

Ebenso wie General Joffre legt auch General Gilinsky der weiteren Entwicklung der Eisenbahnen die höchste strategische Bedeutung

bei. Er führt aus, daß die Eisenbahnen in Rußland in zwei Kategorien geteilt werden können: die einen gehören der „Krone“, die anderen sind das Eigentum von Privatgesellschaften. Auf den ersteren sind Verbesserungen bereits im Gang, andere sind projektiert; sie werden nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel verwirklicht werden. Es scheint jedoch nicht angebracht, die Linie St. Petersburg—Riga—Kochedary zu verdoppeln, deren exzentrische und in der Nähe der feindlichen Grenze befindliche Lage die Benutzung nur schwer gestattet. Auf die an zweiter Stelle genannten (die Privatlinien) kann der Staat keinen direkten und unmittelbar zu befolgenden Einfluß ausüben. Er hat die mit Nicht-Normalspur versehenen Linien erworben, die von Warschau gegen Thorn und Krakau laufen, und zwar in der Absicht, dieselben in Normalspurlinien umzubauen.

Eine ununterbrochene Transportmöglichkeit wäre auf diese Weise ohne Umladen vom Zentrum des Reiches bis zur Westgrenze gewährleistet.

Schließlich bringt General Gilinsky die allgemeinen Ursachen in Erinnerung, durch die der russische Aufmarsch verzögert wird. Während die Eisenbahnen in Frankreich immer betriebsfertig sind, müssen sie in Rußland zur gleichen Zeit wie das Heer mobil gemacht werden.

General Gilinsky legt in großen Linien den Aufmarsch- und Gruppierungsplan der gegen Deutschland bestimmten russischen Armeen dar.

General Joffre ist mit General Gilinsky einig in bezug auf die Zweckmäßigkeit, den Schwerpunkt dieser Armeen unbedingt in südliche Richtung zu legen und das Gros der Streitkräfte so aufzustellen, daß ihm die Möglichkeit gegeben ist:

Entweder in der allgemeinen Richtung von Allenstein die Offensive zu ergreifen, falls der Feind sich in Ostpreußen festgesetzt hat oder den Versuch macht, von dort aus auf Warschau vorzurücken; oder auf dem linken Weichselufer zu operieren, um auf Berlin vorrücken zu können, wenn der Gegner seine Kräftekonzentrierung im Bezirk Thorn-Posen zur Ausführung gebracht hat, oder wenn er versucht, von dieser Basis aus gegen Warschau oder Iwangorod vorzugehen.

Artikel 4

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die 6 ersten Paragraphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauteten:

(Text der 4 Punkte gleichlautend mit demjenigen des Protokolls vom Jahre 1911.)

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten wurden gemäß den im Laufe der Konferenz von 1911 formulierten Wünschen vervollständigt und ergänzt.

Augenblicklich ermöglichen es vier Stationen drahtloser Telegraphie, in Friedenszeiten Mitteilungen auszutauschen, nämlich mittels der Linien Paris—Bobrouisk, Bizerta—Sebastopol.

Sowohl für Friedens- wie für Kriegszeiten werden chiffrierte Wörterbücher zusammengestellt und in den Kriegsministerien Rußlands und Frankreichs niedergelegt. Bestimmungen sind getroffen worden zur Festsetzung der Stunden, zu welchen die Stationen zu funktionieren haben, ebenso für die Rufzeichen und Erkennungssignale, die Dienstvorschriften und die Obliegenheiten der Stationsleiter.

Die schon täglich ausgetauschten Mitteilungen liefern den Beweis, daß dieses Verständigungssystem in regelmäßiger und zufriedenstellender Weise funktioniert. Zu dessen Vervollkommen hat der russische Generalstab indessen noch die Absicht, die Verfügung über die Sebastopolstation ausschließlich den Seestreitkräften zu überlassen und für das Landheer eine besondere Station in der Nähe von Likolajeff zu bauen.

Die Kommission, die sich bereits mit den durch drahtlose Telegraphie übermittelten Mitteilungen beschäftigt hat, soll nachprüfen, ob die gegenwärtig in Bizerta eingerichtete französische Station genügen wird, um mit den beiden russischen Stationen der Halbinsel Krim in Verbindung zu sein oder ob es notwendig sein wird, für Frankreich eine neue besondere Station zu schaffen.

Die Übermittlung der Depeschen durch geheime Kuriere zwischen Frankreich und Rußland ist in jüngster Zeit auf Betreiben des französischen Generalstabs reorganisiert worden. Die Mitteilungen werden über die skandinavischen Länder bis zu dem Punkte expediert, von dem aus die chiffrierten Mitteilungen in aller Sicherheit weitergegeben werden können.

Von diesem Punkt aus werden die Depeschen durch russische Feldjäger, die schon jetzt näher bezeichnet sind, nach Rußland weiter befördert.

Um die Verbindungen zwischen Frankreich und Rußland noch sicherer zu stellen, könnte man vielleicht die Möglichkeit erwägen, die in Norwegen schon bestehenden drahtlosen Stationen zu benutzen. Diese Frage wird den Gegenstand weiterer Mitteilungen zwischen den französischen und russischen Generalstäben bilden.

Artikel 5

Wird ohne Bemerkung von den Konferenzteilnehmern angenommen.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die folgendermaßen lauteten:
(Text gleichlautend mit Artikel 5 des Protokolls von 1911.)

Artikel 6

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen.
(Text gleichlautend mit Artikel 6 des Protokolls von 1911.)

Artikel 7

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen.
Ohne Zusätze.

Der Generalstabschef der russischen Armee: J. Gilinsky.
Der Generalstabschef der französischen Armee: J. Joffre.
Der Kriegsminister: A. Millerand.

Der russische Finanzminister an den russischen Außenminister

Sehr dringlicher und vertraulicher Brief

St. Petersburg, den 14./27. Juni 1913

Erhalten den 17. Juni 1913

Sergej Dmitriewitsch!

Der Vorsitzende der Kammer der Pariser Börsenmakler, H. de Verneuil, hat mir anlässlich seiner Anwesenheit in Petersburg mitgeteilt, er sei beauftragt, uns den Standpunkt der französischen Regierung hinsichtlich der Emission russischer Staatsanleihen, staatlich garantierter Anleihen, in Frankreich bekanntzugeben. Diesen hat er mir folgendermaßen erklärt:

„Ich bin ermächtigt, Ihnen zu sagen, daß die französische Regierung bereit ist, der russischen zu gestatten, jedes Jahr auf dem Pariser Markte 400—500 Millionen Franken in Form einer Staatsanleihe oder einer vom Staat garantierten Anleihe aufzunehmen, um ein Eisenbahnbauprogramm im ganzen Reiche zu verwirklichen, und zwar unter zwei Bedingungen:

1. daß der Bau der strategischen Linien, die gemeinsam mit dem französischen Generalstab geplant worden sind, sofort in Angriff genommen wird;

2. daß die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres bedeutend vergrößert wird.“

Meinerseits halte ich es für notwendig, diese Mitteilung des H. de Verneuil zur Kenntnis Eurer Exzellenz zu bringen. Was die Sache selbst anbelangt, so kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß die Geneigtheit der französischen Regierung, Rußland jedes Jahr die Aufnahme einer bedeutenden Summe zu ermöglichen, für uns gewiß große Bedeutung haben dürfte, besonders wenn man den entscheidenden Einfluß berücksichtigt, den die französische Regierung in den Pariser Finanzkreisen besitzt.

Die Unterstützung des französischen Geldmarktes würde uns die Möglichkeit geben, einen bedeutenden Teil der von der russischen Regierung garantierten Eisenbahnanleihen unterzubringen, deren Emission mit Rücksicht auf das von Rußland dringend benötigte neue Eisenbahnnetz geplant wird. Zudem werden die Bedingungen, von denen die Zustimmung der französischen Regierung zur Realisierung unserer Anleihen abhängig gemacht wird, kaum irgendwelche Schwierigkeiten hervorrufen.

Wie Eurer Exzellenz bekannt, werden schon in allernächster Zeit Vorlagen des Kriegsministeriums von den gesetzgebenden Körperschaften geprüft werden, denen zufolge die Friedensstärke des Heeres um 360 000 Mann über ihren jetzigen Bestand erhöht werden soll.

Ebenso ist bei dem Ausbau des Netzes der strategischen Eisenbahnen an unserer Westgrenze kaum eine Verzögerung zu befürchten. Obwohl ich zur Zeit keine Zusammenstellung derjenigen Linien habe, deren Bau vom Standpunkt des französischen Generalstabes wünschenswert erscheint, so bin ich doch der Ansicht, daß der Bau der Linien, über die in der Kommission für die neuen Eisenbahnen beraten werden wird, und auch die Legung eines zweiten Geleises auf den Staatsbahnen nach den Vorschlägen des Verkehrsministeriums die Wünsche der französischen Regierung vollkommen befriedigen werden.

Ich bin daher der Ansicht, daß eine Einigung auf Grund der soeben angeführten Bedingungen durchaus annehmbar ist, und habe die Ehre, Eure Exzellenz zu bitten, erwägen zu wollen, ob Sie es nicht für möglich halten, sich in dieser Angelegenheit mit der französischen Regierung in Verbindung zu setzen, damit die von H. de Verneuil gemachten Vorschläge offiziell bestätigt werden.

Gleichzeitig halte ich es jedoch für notwendig, ausführlicher auf die Bedingungen einzugehen, die vom Standpunkt der russischen Interessen aus beobachtet werden müßten, damit wir die Möglichkeit der sich uns bietenden Kreditoperationen in Frankreich in tunlichst weitgehendem Maße ausnützen können. Eine der bedeutendsten Schwierigkeiten für die russischen Eisenbahngesellschaften, die sich aus dem Rückgriff auf den französischen Geldmarkt ergibt, stellt die Notwendigkeit dar, die Staatssteuer, „droit d'abonnement“, im Betrage von fast $\frac{1}{2}$ Prozent von der ganzen Summe der Obligationen,

die umlaufen werden, zu zahlen. Die Steuern, die je nach der Amortisation der Anleihen 7—11 Prozent des Kapitals der Anleihen betragen, lasten schwer auf den Eisenbahngesellschaften. In Zukunft könnte der französische Markt ganz für uns geschlossen werden, wenn man mit einer weiteren Erhöhung der Steuern rechnen müßte.

Die Erleichterung der auf die russischen Eisenbahnanleihen fallenden Steuern erscheint daher also eine wichtige Bedingung, um diese Anleihen auf der Pariser Börse realisieren zu können.

Ohne zur Zeit offiziell die Frage aufwerfen zu wollen, ob die französische Regierung gewisse Erleichterungen des „droit d'abonnement“ werde gewähren können, werde ich es für meine Pflicht halten, diese Angelegenheit im Laufe der diesbezüglichen Verhandlungen zu erwähnen, wenn es mir im Herbst möglich sein sollte, einige Tage in Paris zuzubringen.

Unabhängig davon werde ich darüber wachen, daß auch unsere Eisenbahngesellschaften alle Bedingungen, die zu einer günstigen Realisierung ihrer Anleihen beitragen könnten, beobachten, um auf diese Weise den Pariser Geldmarkt so gut wie möglich auszunutzen. Da es immer schwer ist, verschiedenartige kleinere Anleihen unterzubringen, so werde ich für Paris nur die bedeutendsten Operationen bestimmen und sie in gleichartigen größeren Emissionen zusammenfassen. So wird es möglich sein, eine gleichmäßige Notierung dieser Anleihen zu erreichen, und dadurch gleichzeitig den so oft bemerkbaren Wettbewerb der einzelnen Unternehmungen und ihrer Vermittler auszuschalten, ein Wettbewerb, der die russischen Eisenbahn-papiere an der Börse entwertet.

Genehmigen Sie usw.

Kokowtzow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 1801 St. Petersburg, den 17./30. Juni 1913

Persönlich

Der Vorsitzende der Kammer der Pariser Börsenmakler, H. de Verneuil, hat soeben H. Kokowtzow folgende Erklärung abgegeben:

„Ich bin ermächtigt, Ihnen zu sagen, daß die französische Regierung bereit ist, der russischen zu gestatten, jedes Jahr auf dem Pariser Markte 400—500 Millionen Franken in Form einer Staatsanleihe oder einer vom Staat garantierten Anleihe aufzunehmen, um ein Eisenbahnbauprogramm im ganzen Reiche zu verwirklichen, und zwar unter zwei Bedingungen:

1. daß der Bau der strategischen Linien, die gemeinsam mit dem französischen Generalstab geplant worden sind, sofort in Angriff genommen wird;

2. daß die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres bedeutend vergrößert wird.“

Ehe in eine Erörterung der Einzelheiten dieses Vorschlages eingetreten wird, ersuche ich Sie, der Bitte W. N. Kokowtzows gemäß zu erreichen, daß die französische Regierung die Mitteilung de Verneuls offiziell bestätigt. Zu Ihrer persönlichen Information kann ich hinzufügen, daß W. N. Kokowtzow die erwähnten Bedingungen für wahrscheinlich annehmbar hält.

Sasonow

*Der erste Rat des russischen Außenministeriums an den
Finanzminister Kokowtzow*

Sehr vertraulicher und dringender Brief 375

Nr. 49/p.

St. Petersburg, den 12./25. August 1913

Wladimir Nikolajewitsch!

In Verfolg des vorhergehenden Schriftwechsels über diese Angelegenheit beeile ich mich, Eurer Hohen Exzellenz Abschrift einer soeben von der französischen Botschaft hier eingetroffenen Note zugehen zu lassen über ein uns unter gewissen Bedingungen gewährtes Recht, alljährlich Anleihen auf dem Pariser Markte in Höhe von 4—500 Millionen Franken unterzubringen.

Genehmigen Sie usw.

Argiropulo

Abschrift
einer Note des französischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister.

Nr. 841

St. Petersburg, den 11./24. August 1913

Streng vertraulich

Durch eine Note vom 2. Juli hat Seine Exzellenz, der russische Botschafter in Paris, Seine Exzellenz, den französischen Außenminister davon verständigt, daß die Kaiserliche Regierung wünsche, die französische Regierung möge die von dem Vorsitzenden der Pariser Börsenmakler Seiner Exzellenz H. Kokowtzow abgegebene Erklärung offiziell bestätigen, die die Bedingungen betrifft, unter denen die russische Regierung jedes Jahr auf dem Pariser Markte 4—500

Millionen Franken in Form von Staatsanleihen oder staatlich garantierten Anleihen erhalten könne, um ein Eisenbahnbauprogramm durchzuführen.

Die Regierung der Republik hat beschlossen, das Ergebnis der von H. von Verneuil begonnenen offiziösen Verhandlungen offiziell zu bestätigen.

Die Bedingungen, unter denen die Kaiserliche Regierung jedes Jahr auf dem Pariser Markte 4—500 Millionen Franken in Form von Staatsanleihen oder vom Staate garantierten Anleihen zur Ausführung eines Eisenbahnbauprogramms im ganzen Reiche erhalten könnte, sind folgende:

1. Der Bau der strategischen Linien, die im Einverständnis mit dem französischen Generalstab in Aussicht genommen worden sind, wird sofort begonnen.

2. Die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres wird bedeutend vergrößert.

Andererseits wird die Emission der geplanten Effekten in Zukunft gemäß den von H. de Verneuil H. Kokowtzwow gemachten Angaben in großen Serien von gleichartigen Obligationen erfolgen, die derselben Rechte und Garantien teilhaftig werden sollen und in Paris unter derselben Rubrik kotiert werden können.

Die Kaiserliche Regierung wird jedes Jahr offiziell die Totalsumme der zu begebenden Obligationen mitteilen und selbst beantragen, daß auf der Pariser Börse die einzelnen Serien der ausgegebenen Effekten zugelassen werden. Diese Anträge werden von der russischen Regierung an die französische durch Vermittlung des Außenministeriums gestellt werden, das sich dann durch das Finanzministerium mit dem Syndikat der Pariser Börsenmakler in Verbindung setzen wird.

Indem H. Doulcet Obiges im Namen seiner Regierung zur Kenntnis Seiner Exzellenz des H. Sasonow bringt, wäre er dankbar, wenn er ermächtigt würde, in Paris zu bestätigen, daß zwischen den beiden Regierungen ein völliges Einvernehmen besteht. Er ist gleichzeitig beauftragt worden, zu fragen, wann die russische Regierung die in Frage stehenden Emissionen zu beginnen wünscht.

*Amtliches Protokoll der Konferenz der Generalstabschefs von
Frankreich und Rußland vom August 1913*

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Seine Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee, und General Joffre, Generalstabschef der

französischen Armee, zu mehrmaligen Konferenzen in St. Petersburg und in Krasnoje Selo im August 1913 zusammengekommen. Außerdem waren zugegen:

General de la Guiche, Militärattaché der französischen Botschaft in Rußland; Oberst Graf Ignatiew, Militärattaché der russischen Botschaft in Paris; Oberst Berthelot, Kommandeur des 94. Inf.-Rgts., designierter Generalmajor der französischen Armee.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung

(Text gleichlautend mit der Vorbemerkung des Protokolls von 1912.)

Einleitung

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusatzbemerkung angenommen.

(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Artikel 1

(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Folgender Zusatz wird hinzugefügt:

„Dies gilt mehr noch als bisher im Hinblick auf das beträchtliche Anwachsen des militärischen Gewichtes Deutschlands im gegenseitigen Kräfteverhältnis innerhalb des Dreibundes.“

Artikel 2

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910, 1911 und 1912. Aber im Hinblick auf die Tatsache, daß die Ausführungen der beiden Generalstabschefs von der russischen und französischen Regierung durch die Unterzeichnung der Konferenzprotokolle vom August 1911 und Juli 1912 bestätigt worden sind, erscheint es angezeigt, diesen Bemerkungen folgende Form zu geben:

„Wie die französische und russische Regierung im Jahre 1911 und 1912 anerkannt hat, verpflichtet die deutsche Mobilmachung Rußland und Frankreich, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hiervon mobil zu machen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf. Dies gilt auch für den Fall einer jeden feindseligen Handlung der deutschen Armee gegen die eine oder die andere der verbündeten Mächte. Aber wenn allein von Österreich oder Italien teilweise oder

selbst allgemein mobilgemacht wird, ist eine derartige Verabredung unerlässlich.“

Der gesperrte Satz wurde hinzugefügt für den Fall eines unvorhergesehenen Angriffs von seiten der Deckungstruppen, noch ehe mobilgemacht wird, um sich eines wichtigen strategischen Punktes zu bemächtigen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

Die Inkraftsetzung der deutschen Militärvorlage von 1913 wird als Hauptfolge die Verkürzung der Mobilmachungsfristen der deutschen Armee nach sich ziehen. Diese Armee wird also über einen längeren Zeitraum als früher verfügen können, um gegen Frankreich zu operieren, ehe sie sich gegen Rußland wendet.

Der Plan der Verbündeten muß daher darin bestehen, bestrebt zu sein, im gleichen Zeitpunkte von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

General Joffre gibt die Erklärung ab, daß Frankreich auf seiner Nordostgrenze fast die Gesamtheit seiner Streitkräfte, die die durch den Wortlaut der Konvention vorgesehene Ziffer um mehr als 200000 Mann überschreiten wird, einzusetzen beabsichtigt; daß die Konzentration der Kampfformationen an dieser Grenze größtenteils am 10. Mobilmachungstage beendet sein wird und daß die Offensive dieser Truppenkörper am 11. Tag morgens beginnen wird.

General Gilinsky erklärt, daß Rußland gegen Deutschland eine Truppenmacht, die aus wenigstens 800000 Mann besteht, einsetzen wird; die Konzentration ihrer Kampfformationen wird an der russisch-deutschen Grenze größtenteils am 15. Mobilmachungstage beendet sein und die Offensive dieser Truppenkörper wird gleich nach dem 15. Tage beginnen. Gegen Ende des Jahres 1914 wird die Konzentration ungefähr um 2 Tage früher beendet sein.

Die Konferenzteilnehmer legen in großen Linien die Aufmarsch- und Gruppierungspläne der gegen Deutschland bestimmten französischen und russischen Armeen dar.

Sie sind einig in bezug auf die Notwendigkeit, die Offensive gegen das Herz des Landes ihres Gegners zu richten und in bezug auf die Zweckmäßigkeit, die Streitkräfte in der Weise zu konzentrieren, daß sie operieren können, entweder um die in Ostpreußen konzentrierten Streitkräfte des Feindes zu bekämpfen, oder um auf Berlin vorzurücken, indem die Operationslinie südlich der Provinz

Ostpreußen verläuft, wenn die Konzentration der deutschen Streitkräfte auf dem linken Weichselufer stattfindet.

Ohne die für Rußland bestehende Notwendigkeit verkennen zu wollen, zahlreiche Streitkräfte Österreich und Schweden gegenüber halten zu müssen, vertritt General Joffre die Meinung, daß die Niederlage Deutschlands die Operationen der russischen Armeen gegen die anderen feindlichen Mächte außerordentlich erleichtern wird. Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, die um jeden Preis und von Anbeginn der Operationen erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der verbündeten Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis; General Gilinsky setzt auseinander, daß die auf der vorigen Konferenz in Aussicht genommenen Arbeiten folgendermaßen ausgeführt worden sind:

Die Abschnitte Briansk—Gomel und Luninetz—Jabinka der Linie von Orel nach Warschau sind verdoppelt worden.

Der Abschnitt Jabinka—Brest-Litowsk ist vervierfacht worden.

Was die Legung eines vierten Gleises zwischen Siedletz und Warschau betrifft, so sind die Schwierigkeiten eines derartigen Unternehmens zu groß, und man wird ein besseres Ergebnis erzielen, wenn man eine neue zweigleisige Linie baut, die von Rianzan und Tula ausgeht und in Warschau mündet.

General Joffre teilt diese Ansicht.

Das Studium der Eisenbahnkarte bringt die beiden Generalstabschefs zu der Meinung, daß man die Schnelligkeit der Konzentration dadurch erheblich beschleunigen könnte, daß man gewisse Eisenbahnlinien baut, die das östliche Rußland mit der Warschauer Gegend verbinden, so z. B.:

1. doppelgleisiger Ausbau der Linie Batraki—Penza—Riasjk—Bogojavlensk—Sukhinitchi—Smolensk;

2. doppelgleisiger Ausbau der Linie Rowno—Sarny—Luninetz—Baranovitschi;

3. doppelgleisiger Ausbau der Linie Lozovaia—Poltava—Kiew—Sarny—Kowel und Herstellung der Linie Grischino—Kowel.

Die offensiven Operationen werden auch dadurch erleichtert werden, daß die russischen Schienenwege sich in einer gewissen Entfernung vom linken Weichselufer halten, sowie dadurch, daß die Übergangsmöglichkeiten über den Fluß in der Warschauer Gegend vermehrt werden.

Schließlich erscheint es zur Erzielung der nötigen Transportleistung unerläßlich, das rollende Material, Eisenbahnwagen und besonders schwere Lokomotiven, beträchtlich zu vermehren.

Was die Ausführung der Operationen anbelangt, so erscheint es unbedingt notwendig, daß die verbündeten Armeen so schnell wie nur möglich einen entscheidenden Erfolg davontragen. Ein Mißerfolg der französischen Armeen bei Beginn des Krieges würde es Deutschland gestatten, einen Teil der Streitkräfte, die zuerst gegen Frankreich gekämpft haben, an seine Ostgrenze zu werfen. Wenn die französischen Armeen hingegen rasch einen Erfolg über die ihnen von Deutschland entgegengeführten Streitkräfte erringen, so wird dieser Erfolg in demselben Maße auch die Operationen der russischen Armeen erleichtern, da die von Deutschland an seine Westgrenze gebrachten Streitkräfte dann unmöglich gegen Osten eingesetzt werden können.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Überlegenheit über die deutschen Streitkräfte im Westen besitzen. Dies wird sich um so leichter erreichen lassen, wenn Deutschland sich in der Zwangslage befindet, größere Streitkräfte an seiner Ostgrenze zu halten.

General Joffre setzt auseinander, daß es unter Berücksichtigung dieser Gedankengänge für die Gesamtlage der beiden Armeen von Vorteil wäre, wenn die russischen Streitkräfte im Gouvernement Warschau schon in Friedenszeiten derart disloziert wären, daß sie eine direkte Bedrohung Deutschlands bilden.

General Gilinsky erklärt, daß der neue Reorganisationsplan des russischen Heeres für die Gegend von Warschau die Schaffung eines Armeekorps vorsieht.

Artikel 4

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die drei ersten Paragraphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1912 betreffen, und die folgendermaßen lauteten:

„Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. Die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden.

II. Außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht.“

Der Paragraph III könnte einfacher folgendermaßen abgefaßt werden:

„III. Das Konferenzprotokoll wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können.“

Der Paragraph IV wird in folgender Weise abgefaßt:

„IV. Da der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den verbündeten Armeen nur von Vorteil ist, soll er regelmäßig und häufig fortgesetzt werden.“

„Vor jeder Konferenz wird man sich über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen.“

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten sind entsprechend den im Laufe der Konferenz von 1911 und 1912 formulierten Wünschen vervollständigt worden.

Die drahtlosen Stationen Paris—Bobrouisk und Bizerta—Sebastopol funktionieren gut. Die Station Bizerta ist von Frankreich verstärkt worden; eine starke Station ist in Rußland in der Nähe des Schwarzen Meeres im Bau, um die Verbindungen bei Tage ebenso leicht wie zur Nachtzeit zu gestalten.

Wie die Versuche von Verbindungen zwischen dem Eiffelturm und der russischen Marinestation Sweaborg ergeben haben, erscheint es wünschenswert, die letztgenannte Station zu verstärken.

Die telephonischen Verbindungen zwischen dem russischen und dem französischen Generalstabe können durch englische Kabel unter englischer Vermittlung aufgenommen werden.

Die Vereinbarungen mit London sind soeben abgeschlossen worden: Die entsprechenden Maßnahmen sind getroffen worden, und die Übermittlung der Nachrichten kann erfolgen.

Die Kabeltelegramme gehen über Amerika, Australien und Sansibar oder über Südafrika nach Sansibar, um nach Odessa zu gelangen.

Die Verbindungen durch geheime Kuriere sind vom französischen Generalstab so organisiert worden, daß die Übermittlung der Depeschen von Frankreich nach Rußland ermöglicht ist.

Der russische Generalstab sollte in derselben Weise die Verbindung durch geheime Kuriere in die Wege leiten.

Artikel 5

Da die russische und französische Regierung die seit 1910 dem Artikel 5 gegebene Auslegung angenommen haben, könnte sie in folgender Weise ausgedrückt werden:

„Die russische und die französische Regierung haben beiderseitig anerkannt, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, getrennt weder die militärischen Operationen einzustellen noch einen Waffenstillstand abzuschließen.“

Artikel 6

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Änderungen angenommen.

(Text gleichlautend mit Artikel 6 des Protokolls von 1912.)

Artikel 7

Wird ohne Bemerkungen von den Konferenzteilnehmern angenommen.

Keine Bemerkungen.

Der Generalstabschef der russischen Armee: (gez.) J. Gilinsky

Der Generalstabschef der französischen Armee: (gez.) J. Joffre

Der russische Finanzminister an den russischen Außenminister

Streng vertraulicher und dringender Brief.

Nr. 885.

Erhalten den 24. August/6. September 1913

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Die mir von Geheimrat Argiropulo im Briefe vom 12. August mitgeteilte Erklärung der französischen Regierung entspricht vollkommen der Erklärung, die mir durch Vermittlung H. de Verneuils gemacht worden ist und den Gegenstand meines Briefes vom 14. Juni d. J. an Eure Exzellenz bildet. Auf diese Weise ist meiner Ansicht nach der russischen Regierung gegenwärtig die Möglichkeit gegeben, Frankreich zu antworten, daß der uns gemachte Vorschlag unsern Absichten und Plänen entspricht und von uns zur Kenntnis genommen wird. Um der Möglichkeit von irgendwelchen Mißverständnissen für die Zukunft vorzubeugen, kann ich nicht umhin, Eure Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß an und für sich der Vorschlag der französischen Regierung, der von recht schweren materiellen Bedingungen abhängig gemacht wird, für uns drückend sein würde, wenn nicht z. B. der Wunsch der französischen Regierung nach einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee schon früher der Umgestaltung unserer Streitkräfte zugrunde gelegt worden und von irgendwelchen Finanzoperationen auf dem Pariser Markte vollständig unabhängig wäre. Ebenso möchte ich bemerken, daß auch der Vorschlag der französischen Regierung über den Bau strategischer Eisenbahnen in Rußland keineswegs so verstanden werden kann, daß die einen oder anderen Linien, die militärischen

Zwecken dienen, gebaut werden müssen, sondern nur so, daß hinsichtlich unseres Eisenbahnnetzes Maßnahmen getroffen werden möchten, die unseren neuen Verkehrsbedürfnissen entsprechen, und zwar im Zusammenhang mit der veränderten Verteilung unserer Armee und zwecks Anpassung der technischen Ausrüstung der Bahnen an die veränderten Verkehrsbedingungen überhaupt. Maßnahmen dieser letzten Art werden von uns in sehr bedeutendem Ausmaße durchgeführt, und in das Budget der Eisenbahnverwaltung werden beständig Kredite aufgenommen, die für den Ausbau unserer Eisenbahnen in strategischer Hinsicht bestimmt sind; im besonderen weist der Haushaltplan des Jahres 1914 eine sehr erhebliche Summe der Vermehrung unseres rollenden Materials für den Fall der allgemeinen Mobilmachung zu.

Was die einzelnen Eisenbahnlinien und im besonderen die Bahnen von bedeutender Länge namentlich in den westlichen Bezirken Rußlands anbelangt, so sind mir in dieser Hinsicht weder vom Kriegsministerium, noch vom Chef des Hauptstabes irgendwelche konkrete Vorschläge gemacht worden. In meiner Unterredung, die ich mit dem Chef des französischen Generalstabes, General Joffre, hatte, der unlängst hier war, habe ich ihm eingehend auseinandergesetzt, daß die Interessen unserer Verteidigung in hohem Maße durch die Maßnahmen auf dem Gebiete unseres Eisenbahnwesens gewährleistet werden, die in der letzten Zeit ausgeführt wurden oder deren Ausführung in nächster Zeit bevorsteht. Ich habe hierbei keinerlei grundsätzliche Einwände von seiten des Generals Joffre gehört und persönlich den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung keinerlei bestimmte Ansprüche in dieser Hinsicht uns gegenüber vorzubringen beabsichtigt.

Was sodann die Summe der Eisenbahnobligationen selbst betrifft, deren Ausgabe die französische Regierung uns überläßt, so halte ich es für nötig, in die Antwort Eurer Exzellenz zweierlei Vorbehalte aufzunehmen:

1. daß die russische Regierung sich das Recht vorzubehalten wünscht, auf dem französischen Markte auch für eine noch größere Summe Obligationen auszugeben, natürlich nur, wenn die Lage des Geldmarktes dem günstig ist, und

2. daß dieser Vorschlag sich nicht auf die 65 Millionen Rubel im laufenden Jahre bezieht, die uns als unangetasteter Rest noch in diesem Jahre aus der Summe von 165 Millionen Rubel zustehen, die uns auf Grund einer Verabredung zwischen dem früheren französischen Finanzminister Klotz und dem Direktor unserer Kreditkanzlei angeboten wurden und auf die wir bis jetzt nur ungefähr 100 Millionen Rubel ausgegeben haben.

Ich wünschte daher, daß wir im laufenden Jahre von diesen 65 Millionen Rubel Gebrauch machen könnten außer der von der

französischen Regierung in Aussicht gestellten Summe von 500 Millionen Franken, um so mehr, als diese Summe aller Wahrscheinlichkeit nach erst für den Anfang des nächsten Jahres in Frage kommt.

Genehmigen Sie usw.

Kokowtzow

Der Direktor der Kanzlei des russischen Außenministeriums an den russischen Außenminister

Brief

St. Petersburg, den 2./15. September 1913

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Auf Wunsch A. A. Neratows schicke ich Ihnen heute mit dem Kurier Kusmin den letzten Schriftwechsel betreffend ein Abkommen mit Frankreich über finanzielle und militärische Fragen und erlaube mir, diesen Schriftstücken einige Worte hinzuzufügen.

Wie Sie aus dem Wortlaut der französischen Mitteilung ersehen werden, sind die Franzosen bereit, uns auf dem Pariser Markte einen ziemlich hohen Kredit zu eröffnen. Doch stellen sie hierbei zwei ganz bestimmte Bedingungen: den sofortigen Bau gewisser strategischer Linien und die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee.

W. N. Kokowtzow schlägt in seinem Gutachten vor, den Kredit anzunehmen, aber unsere Verpflichtung, die genannten Linien zu bauen, durch einen Hinweis auf die allgemeinen Maßnahmen zu ersetzen, die die Erhöhung der Durchlaßfähigkeit unseres Eisenbahnnetzes bezwecken.

Wenn wir uns den vorjährigen Schritt Poincarés Ihnen gegenüber, seinen Brief an den Kaiser und das spätere Verlangen Delcassés vergegenwärtigen, so kann man kaum annehmen, daß sich die Franzosen mit der von W. N. Kokowtzow vorgeschlagenen Antwort begnügen werden.

Bis jetzt haben wir noch nicht das Protokoll der Beratungen zwischen dem General Gilinski und dem General Joffre erhalten, und deshalb wissen wir immer noch nicht, so sonderbar dies auch ist, was über die Eisenbahnen zwischen den beiden Generalstabschefs in diesem Jahre vereinbart worden ist. Von den Linien, über die im vorigen Jahr die Rede war, hat unser Generalstabschef, wie Ihnen erinnerlich sein wird, zwei der von den Franzosen vorgeschlagenen als wünschenswert anerkannt und nur die dritte, die baltische, abgelehnt. Vor der Rückkehr Gilinskis (Mitte September) wird es uns schwer möglich sein, diese Frage zu erörtern. Nachher müssen wir, nach meiner Ansicht nach Klärung dieses Punktes, diese Angelegenheit in einer Konferenz des Finanzministers, des Außenministers, des Kriegs-

ministers und des Verkehrsministers beraten und dann den Franzosen eine bestimmte Antwort geben, ob wir ihre Bedingungen annehmen oder nicht. In Verhandlungen mit Bundesgenossen jedoch mit Worten zu spielen, indem wir ihnen mitteilen, daß wir ihre Bedingungen annähmen, ihnen jedoch einen ganz anderen Sinn beilegen als sie selbst, erscheint mir äußerst gefährlich für unsere gegenseitigen Beziehungen zu sein, da so nur Mißtrauen uns gegenüber erzeugt wird.

Da W. N. Kokowtzow den Wunsch geäußert hat, wir sollten die Antwort auf die Mitteilung Doulcets nicht hinausschieben, hat A. A. Neratow beiliegenden Entwurf einer Denkschrift als Antwort verfassen lassen, die nur abgeschickt werden wird, wenn sie von Ihnen und W. N. Kokowtzow in Kiew gebilligt worden ist. Außerdem hat er mich ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß ich im Hinblick auf obiges es für besser halten würde, mit unserer Antwort zu warten, um so mehr, als Doulcet verständigt ist, daß infolge der Abwesenheit der meisten Minister eine Verzögerung unvermeidlich ist.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir zu bemerken, daß auch die beiden Vorbehalte im letzten Teil der Denkschrift meiner Ansicht nach am besten entweder mündlich oder in einer besonderen Denkschrift gemacht werden sollten.

Da Sie aus Warschau hierher wahrscheinlich den Kurier Karpenko zurücksenden werden, so schicken Sie bitte durch ihn die auf diese Angelegenheit Bezug nehmenden Schriftstücke zurück mit Ihren Weisungen, wie in der Angelegenheit weiter zu verfahren ist.

Nach Paris habe ich telegraphiert, Sie eilten nach Vichy und lehnten daher das Frühstück in Rambouillet am 10. September dankend ab, beabsichtigten sich aber so einzurichten, daß Sie Poincaré in Paris noch nach Beendigung der Kur antreffen.

Als Antwort auf die von mir Ihrem Auftrage gemäß gemachten Mitteilungen über die bevorstehenden Versetzungen habe ich von Nekludow ein Telegramm erhalten: „C'est entendu“ und von Sawinski einen Brief, worin er bittet, Ihre geneigte Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß für ihn eine Übersiedlung nach Sofia in materieller Beziehung mit äußersten Schwierigkeiten verbunden sei. Da die erwähnten Versetzungen wahrscheinlich nicht vor Ihrer Rückkehr erfolgen werden, so schiebe ich eine eingehendere Darlegung seiner Gründe bis dahin auf.

Auf meine Bitte hat Bünting nach Warschau telegraphiert, man solle für Sie ein kleines Abteil im Schlafwagen freihalten und einen Platz 2. Klasse für Ossip in dem Zuge nach Berlin, der aus Warschau Sonnabend um 5 Uhr 12 Minuten nachmittags abgeht. Nach Ihrer Ankunft in Warschau wird man Karpenko in die Verkaufsstelle der Schlafwagen (im Hotel Bristol) schicken müssen, um das Geld zu bezahlen und die Karten zu erhalten.

Ich wünsche Ihnen aufrichtig, daß Ihnen Ihre Reise nach Vichy viel Nutzen bringen möge und daß Sie überhaupt durch Ihre Reise in jeglicher Beziehung zufriedengestellt werden.

Ihr herzlich ergebener

M. Schilling

Entwurf
einer Antwort an die französische Regierung.

Sehr vertraulich.

12./25. September 1913

In Beantwortung des Memorandums vom 11./24. August hat der Verweser des Kaiserlichen Außenministeriums die Ehre, den französischen Geschäftsträger zu benachrichtigen, daß die Kaiserliche Regierung von der Erklärung der französischen Regierung Kenntnis genommen hat, der zufolge Rußland die Möglichkeit haben wird, jedes Jahr auf dem Pariser Markte 4—500 Millionen Franken in Form einer Staatsanleihe oder einer vom Staate garantierten Anleihe zu erhalten, um ein Eisenbahnbauprogramm durchzuführen.

Ihrerseits wird die Kaiserliche Regierung nicht verfehlen, den Wunsch der französischen Regierung zu berücksichtigen, sofort die Verstärkung des russischen Eisenbahnnetzes mit strategischen Zielen, die zwischen dem französischen und dem russischen Generalstab vereinbart wurde, zu beginnen. Was die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der russischen Armee anbelangt, so sind diesbezügliche Maßregeln bereits beschlossen und die notwendigen Kredite hierzu festgesetzt worden.

*Der russische Ministerpräsident an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Streng vertraulicher Privatbrief

Poltawa, den 21. September/4. Oktober 1913

Sehr geehrter Anatoli Anatolijewitsch!

Ich benutze den Umstand, daß mein Sekretär eine Schreibmaschine besitzt, um Ihnen diesen Brief von unterwegs zu schicken, ohne erst einen längeren Aufenthalt des Zuges auf einer Station abzuwarten. Der Zweck dieser Zeilen ist, Sie zu bitten, den Franzosen unsere Antwort über die Ausgabe unserer Eisenbahn-Anleihen auf dem französischen Markte in der Form zuzustellen, wie sie zwischen mir und Sergej Dmitriewitsch vereinbart worden ist, nur mit einem kleinen redaktionellen Zusatz.

Diese Angelegenheit ist Gegenstand meines ausführlichen alleruntertänigsten Immediatvortrages gewesen. Ich habe in dieser Beziehung genaue Anweisungen von Seiner Majestät erhalten, die ich bei den Verhandlungen mit unseren Freunden und Verbündeten auch genau zu befolgen beabsichtige. Ich würde diese gerne irgend jemand, wer es auch sei, überlassen, so schwierig es ist, mit ihnen Verhandlungen über all diejenigen Fragen zu führen, die nicht ihr eigenes Fell betreffen. Im Laufe meiner Besprechungen mit dem Kriegsminister in Jalta und auch aus meinem alleruntertänigsten Immediatvortrag hat sich ganz deutlich ergeben, daß hinsichtlich der Unterhandlungen des Generals Joffre mit dem General Gilinski nur bekanntgeworden ist, daß sie stattgefunden haben; worin sie aber bestanden haben, ist völlig unbekannt. Infolgedessen bin ich verpflichtet, mir die Sache ganz allein zu überlegen und Allerhöchste Weisungen nach der Richtung hin zu erbitten, daß wir nicht späterhin in eine äußerst schwierige Lage geraten. Wir können ja nicht vorher sagen, ob wir den Bau dieser oder jener Linie auf dem Wege der Gesetzgebung durchführen oder Privatunternehmer finden werden, die sich zum Bau der Bahn gerade da bereit erklären werden, wo es den Franzosen genehm ist. Ich habe daher Seine Majestät um die Genehmigung gebeten, unserer Antwort eine so dehnbare Form zu geben, daß wir später nicht in der Patsche sitzen. Mein Standpunkt ist als ganz richtig anerkannt worden, und es will mir scheinen, daß ein kleiner redaktioneller Zusatz in dieser Hinsicht vollkommen genügen würde. Daher würde ich Sie bitten, in der zu Kiew aufgesetzten Antwort da, wo von den durchgreifenden Maßnahmen unserer Regierung zum Ausbau und zur Vervollkommnung unseres Eisenbahnnetzes die Rede ist, ungefähr folgenden Satz hinzuzufügen:

„Zu den Maßnahmen dieser Art gehören bedeutungsvolle Arbeiten zur Legung eines zweiten Geleises, wo dies notwendig ist, ferner der Ausbau von Knotenpunkten und der Bau neuer Linien von bedeutender Länge, die unter anderem auch wichtige strategische Aufgaben zu erfüllen haben werden, um die Zusammenziehung unserer Armee in der Richtung nach der Westgrenze zu erleichtern.“

Ich glaube, daß unsere Antwort mit einem derartigen Zusatz keinen schlechten Eindruck hervorrufen kann; und selbst wenn dies der Fall sein sollte, so würde es für mich viel leichter sein, in Paris zu verhandeln, nachdem unsere Antwort dort eingetroffen ist, als wenn die französische Note von uns ohne jede Antwort gelassen worden wäre. Ich hätte in diesem Falle die Möglichkeit, genau zu erfahren, was sie denn von uns namentlich verlangen, und ich meine sogar, ohne unnütze Überhebung, daß es mir gelingen wird, die Franzosen gerade durch die Form unserer Antwort zufriedenzustellen.

Es würde sonst den Eindruck erwecken, daß die Franzosen uns ihre Wünsche schriftlich mitgeteilt haben, wir aber vor meinen münd-

lichen Unterhandlungen ihnen gar keine Antwort gegeben hätten. Diese mündlichen Verhandlungen werden später jedenfalls schriftlich bestätigt werden müssen.

Außerdem scheint es mir, daß man den Worten des H. Doulcet keine irgendwie ernstliche Bedeutung beilegen sollte. Auf mich hat er den Eindruck eines, was man sagt, „pauvre sire“ gemacht; er versteht buchstäblich gar nichts, und ich fürchte durchaus nicht diesen oder jenen Eindruck unserer schriftlichen Antwort in Paris, sondern glaube, ohne mich unnütz überheben zu wollen, daß es mir gelingen wird, einen solchen entweder zu zerstreuen oder jedenfalls einen möglichst geringen Zuschuß zu unserem Schreiben zu erhandeln.

Sie verstehen gewiß, daß diese Frage mich lebhaft interessiert, und ich werde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mich kurz telegraphisch benachrichtigen könnten, ob und wann die von mir vorgeschlagene Antwort mit dem vorgeschlagenen Zusatz an die Franzosen abgehen wird.

Zu Ihrer Kenntnisnahme teile ich mit, daß ich am 27. September (unseren Stils) in Florenz (Grand Hôtel), vom 1. bis zum 5. Oktober unseren Stils in Neapel (gleichfalls Grand Hôtel) und vom 7. bis zum 14. Oktober in Rom (Hotel Excelsior) zu sein gedenke.

Genehmigen Sie usw.

W. Kokowtzw

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
französischen Geschäftsträger in Petersburg*

Mitteilung St. Petersburg, den 27. September/10. Oktober 1913

Unter Bezugnahme auf die sehr vertrauliche Denkschrift vom heutigen Tage möchte die Kaiserliche Regierung zur Vermeidung jeglicher Mißverständnisse feststellen, daß die 65 Millionen Rubel, die den noch nicht verausgabten Rest des Kredites darstellen, der infolge der Pariser Verhandlungen zwischen dem damaligen Finanzminister H. Klotz und dem Direktor der Kreditkanzlei, H. Dawidow, eröffnet worden ist, nicht in den 4—500 Millionen einbegriffen sind, von denen in der vorerwähnten Denkschrift die Rede ist, und daß dieser Restkredit von der russischen Regierung unabhängig von den neuerdings vereinbarten Geldsummen verausgabt werden kann.

Gleichzeitig ist die Kaiserliche Regierung der Ansicht, daß, wenn die Lage des Pariser Marktes einen größeren Kredit für neue Unternehmungen in Rußland ermöglichen sollte, die jährlichen 400 bis 500 Millionen Franken nicht als eine Höchstgrenze zu betrachten sind, die nicht überschritten werden darf.

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Geschäftsträger in Paris*

Telegramm Nr. 2844

Abgesandt am 29. September/12. Oktober 1913

Ich beziehe mich auf meinen Brief Nr. 45. Dem Minister bitte ich nach seiner Ankunft in Paris folgendes mitzuteilen: Kokowtzow ersuchte mich nach seinem in Livadia erstatteten alleruntertänigsten Immediatvortrag die Übergabe unserer Antwort an die französische Regierung in der Angelegenheit der Eisenbahnanleihen nicht hinauszuschieben. Er behält sich vor, diese Antwort während seiner persönlichen Verhandlungen in Paris zu vervollständigen. Ich habe infolgedessen Doulcet die Denkschrift ungefähr in der von Ihnen in Kiew gebilligten Fassung übergeben, wobei ich nur unsere Vorbehalte wegen der 65 Millionen und der Möglichkeit, gegebenenfalls die jährliche Summe von 500 Millionen zu überschreiten, in einer besonderen, weniger offiziellen Denkschrift dargelegt habe, da der französische Geschäftsträger die Befürchtung ausgedrückt hat, diese könnten in Paris einen für uns ungünstigen Eindruck hervorrufen.

Neratow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Streng vertraulicher Brief.

St. Petersburg, den 18./31. Oktober 1913

Sehr geehrter Alexander Petrowitsch!

In diesen Tagen hat mir der französische Botschafter mitgeteilt, den ihm zugegangenen Nachrichten zufolge sei unser Finanzminister der Ansicht, der Bau der für uns in wirtschaftlicher Hinsicht notwendigen Eisenbahnen werde nicht weniger als anderthalb Milliarden Franken erfordern und die Herstellung der in Aussicht genommenen strategischen Linien noch eine weitere Milliarde. Aus diesem Grunde solle unser Finanzministerium den Wunsch haben, daß die Möglichkeit, die uns Frankreich gibt, auf dem Pariser Markte jährlich 500 Millionen Franken aufzunehmen, nicht nur auf drei, sondern mindestens auf fünf Jahre gesichert werde, da wir nur unter dieser Bedingung gleichzeitig sowohl den Bau der einen als auch der anderen Linien unternehmen könnten. Der Botschafter hatte die Absicht, seiner Regierung in diesem Sinne zu schreiben.

9*

Diese Nachrichten beruhen jedoch anscheinend auf irgendeinem Mißverständnis, denn in den bisherigen Verhandlungen über mögliche Eisenbahnanleihen war, wie ich zu H. Delcassé bemerkte, von keinerlei Fristen die Rede. Im Gegenteil, nach den Worten des Direktors der Kreditkanzlei hat unser Finanzministerium nicht nur keine derartigen Wünsche geäußert, sondern würde es sogar für uns als sehr unvorteilhaft ansehen, wenn die Anzahl der Jahre, auf die sich das uns von den Franzosen vorgeschlagene Abkommen erstrecken soll, oder die Summe selbst, bis zu der wir jedes Jahr Anleihen aufnehmen könnten, genau festgesetzt würden.

Wirklicher Staatsrat Demidow, der Anfang nächster Woche nach Paris fährt, wird Eure Hohe Exzellenz über den Standpunkt unseres Finanzministeriums in dieser Frage genauer unterrichten, aber, um Mißverständnissen vorzubeugen, habe ich für den Fall, daß der französische Außenminister diese Angelegenheit auf Grund der Mitteilungen Delcassés mit Ihnen bespricht, es für richtig befunden, die heutige Abreise des Wirklichen Staatsrats Demidow zu benutzen, um Sie vom Vorstehenden im voraus zu verständigen.

Genehmigen Sie usw.

Sasonow

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief St. Petersburg, den 30. November/13. Dezember 1913
Geheim.
Nr. 1383.

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Seine Majestät hat gnädigst geruht, zu gestatten, daß die Abschrift meines alleruntertänigsten Berichtes über meine letzte Auslandsreise dem Kaiserlichen Botschafter in Paris und ein Auszug aus diesem Berichte, der sich auf die Verhandlungen mit der französischen Regierung über unsere Eisenbahnanleihen bezieht, dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt wird.

Ich habe die Ehre, die Abschrift meines erwähnten alleruntertänigsten Berichtes einliegend Eurer Exzellenz zur Mitteilung an den Hofmeister Iswolski zu übermitteln, und füge gleichzeitig hinzu, daß der Auszug für den französischen Ministerpräsidenten in französischer Sprache von mir dem hiesigen französischen Botschafter übergeben worden ist, der heute abend nach Paris reist und es übernommen hat, ihn seiner Bestimmung gemäß zu übergeben.

Genehmigen Sie usw.

Alleruntertänigster Bericht des Ministerpräsidenten
und Finanzministers W. N. Kokowtzow über seine Reise
ins Ausland

19. November 1913

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk Seiner Majestät: „Ich habe mit großem Vergnügen von dem Berichte Kenntnis genommen und finde, daß Ihre Verhandlungen richtig geführt worden sind und die Interessen Rußlands unbedingt berücksichtigen.“ Livadia, 21. November 1913.

Während meines letzten alleruntertänigsten Vortrages in Livadia am 18. September habe ich Eure Kaiserliche Majestät gebeten, mir gnädigst zu gestatten, mich auf fünf bis sechs Wochen ins Ausland zu begeben, sowohl zu einer kurzen Erholung, da ich viele Jahre ununterbrochen in Rußland geblieben bin, als auch, um in Paris einige wichtige finanzielle Fragen zu besprechen, die möglichst bald Erledigung finden müssen. Ich habe hierbei Ew. M. berichtet, daß ich von dieser ganzen Zeit nur drei Wochen für mich persönlich verwenden werde, da meine Anwesenheit in Paris ausschließlich der Erledigung der obengenannten Fragen gewidmet sein werde. Gleichzeitig habe ich Ew. M. Genehmigung erbeten, auf meiner Rückreise zwei bis drei Tage in Berlin zu verbringen, um dem Deutschen Kaiser für die im vorigen Jahre erfolgte Verleihung des Höchsten Preußischen Ordens vom Schwarzen Adler meinen Dank abstaten zu können.

Unter gnädiger Genehmigung meiner Bitte haben Ew. M. mich ermächtigt, bei meinen Verhandlungen in Paris der französischen Regierung die von Ew. M. gebilligten Pläne der Verstärkung unserer Armee auseinanderzusetzen und im Zusammenhang hiermit alle nötigen Auskünfte zu geben, welche sich auf die für Rußland unbedingt notwendigen umfangreichen Eisenbahnbauten beziehen. Diese Eisenbahnbauten würden sowohl die Befriedigung der sich längst fühlbar machenden Erfordernisse des wirtschaftlichen Lebens des Landes bezwecken als auch gleichzeitig leichtere Durchführung unserer Mobilisationspläne im Zusammenhang mit der abgeänderten Dislokation unserer Truppen und ganz besonders mit der bevorstehenden Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee, durch die die Ausarbeitung aller zukünftigen Mobilisationspläne so wesentlich beeinflusst wird. In letzter Beziehung hatte meine Aufgabe auch in der endgültigen Klärung der zwischen den beiden verbündeten Regierungen noch schwebenden Fragen zu bestehen, die von der französischen Regierung im Sommer d. Js., vor der Reise des französischen Generalstabschefs General Joffre nach Rußland, aufgeworfen worden waren.

Am 8. November aus dem Auslande zurückgekehrt, halte ich es

für meine Pflicht, Ew. M. über alle Umstände zu berichten, die meinen Aufenthalt im Auslande berühren, soweit sie sich auf die Ausführung meines unmittelbaren Auftrages beziehen.

Vor allem kann ich Ew. M. nicht verheimlichen, daß ich bei meinen Unterredungen mit den verschiedenen ausländischen Staatsmännern unwillkürlich aus dem Rahmen des mir erteilten Auftrages habe heraustreten müssen. Die ausländischen Staatsmänner geben sich nicht ganz von den Eigenheiten Rechenschaft, die unserer Staatsform hinsichtlich der Grenzen und Befugnisse und der Vollmachten des Vorsitzenden des Ministerrates anhaften, und wenn sie mit einer Persönlichkeit, die diese Stellung einnimmt, zusammentreffen, so sprechen sie über alle diejenigen Fragen des staatlichen Lebens, die im gegebenen Augenblick gerade die größte Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich lenken oder die Regierung des einen oder andern Landes vorzugsweise beschäftigen. In dieser Beziehung machen die ausländischen Staatsmänner keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates und derjenigen Persönlichkeit, die die auswärtige Politik gemäß den allerhöchsten Weisungen Ew. M. leitet, da sie von der Voraussetzung ausgehen, daß der Vorsitzende des Ministerrates über alle die Lebensinteressen des Landes berührenden Fragen genügend unterrichtet sein müsse und irgendwelchen Besprechungen hierüber nicht aus dem Wege gehen könne. Ich hatte mithin zu wählen, ob ich alle Erklärungen vermeiden wollte, die nicht in den engen Rahmen derjenigen Aufgaben gehörten, derentwegen ich einige Hauptstädte Westeuropas besuchte, oder ob ich umgekehrt mich an der Erörterung aller derjenigen Fragen beteiligen wollte, die auf die eine oder andere Weise die politischen Leiter in den von mir besuchten Hauptstädten interessierten, indem ich ihnen über die von ihnen berührten Fragen soweit wie möglich Auskunft erteilte. Ich habe den zweiten Weg gewählt und hoffe, mir dadurch nicht die Mißbilligung Ew. M. zugezogen zu haben. Ich habe mich hierzu entschlossen, weil ich an allen Fragen unserer auswärtigen Politik stark beteiligt bin, sowohl gemäß den unmittelbaren Anweisungen Ew. M., als auch infolge meiner engen Beziehungen zu dem Minister des Auswärtigen, der mich immer zur Beratung über die wichtigen außenpolitischen Fragen des Reiches heranzieht. Vor allem aber habe ich mich von der Erwägung leiten lassen, daß die Staatsmänner des Westens ein Ausweichen meinerseits bei Erörterungen auswärtiger Fragen in keiner Weise verstehen würden und so auslegen könnten, als versuche ich mich absichtlich derartigen Beratungen, die zudem das Tagesinteresse bilden, zu entziehen. Endlich war es mir unmöglich geworden, Besprechungen über derartige Fragen zu vermeiden, weil insonderheit während meines Berliner Aufenthalts Hofmeister Sasonow mich unmittelbar ersucht hat, eine sehr wichtige Frage mit den deutschen Behörden zu

besprechen, auf die ich im Laufe meines Berichtes noch zu kommen die Ehre haben werde.

Selbstverständlich habe ich bei Unterredungen mit den verschiedenen Staatsmännern über alle von ihnen berührten Fragen mich strengstens an die allgemeine, mir gut bekannte Richtung unserer Politik im Laufe der letzten Zeit gehalten, bin in engster Berührung mit unseren diplomatischen Vertretern geblieben und habe mich ganz genau nach den diesbezüglichen allgemeinen Weisungen Eurer Kaiserlichen Majestät gerichtet.

Besprechungen mit dem italienischen Minister des Auswärtigen

Diese Besprechungen haben noch in Rom begonnen, und zwar auf das energischste Drängen unseres Botschafters Hofmeister Krupenski. Nach meinem Eintreffen in Italien hielt es der Botschafter für unmöglich, daß ich während meiner Anwesenheit in Italien, selbst wenn ich mich dort nur zur Erholung aufhalte, nicht den Ministerpräsidenten Giolitti und den Minister des Auswärtigen, Marquis di San Giuliano, aufsuchte. Er erklärte mir, wenn ich einer Begegnung mit diesen italienischen Staatsmännern aus dem Wege ginge, würde dies im ungünstigsten Sinne ausgelegt werden und könnte sogar als eine unfreundliche Kundgebung gegen einen Staat betrachtet werden, der einer andern Mächtegruppe angehört. Selbst als ich in Rom von einer ernstlichen Krankheit befallen wurde, ließ der Botschafter in seinen dringlichen Vorstellungen nicht nach, denn er teilte mir mit, der Marquis di San Giuliano lege jedenfalls Wert darauf, mir zu begegnen, und sei es auch erst unmittelbar vor meiner Abreise aus Rom. Unsere Begegnung fand in Gegenwart des russischen Botschafters statt, der den Minister des Auswärtigen über alle stattgehabten Erklärungen eingehend unterrichtet hat.

Trotzdem kann ich Ew. M. nicht verschweigen, daß unsere Unterredung, die hauptsächlich in einer einseitigen Darlegung der Ansichten des Marquis di San Giuliano bestand, sich auf zwei Fragen erstreckt hat: erstens hat er ganz bestimmt erklärt, daß seit Abschluß des russisch-italienischen Handelsvertrages und besonders seit dem Besuch Ew. M. in Racconigi sowohl in den italienischen Regierungskreisen, als auch in allen Schichten der Bevölkerung das deutlich ausgesprochene Streben nach einer weiteren Annäherung an Rußland nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet zutage trete, und daß dies Bestreben in keiner Weise durch die Meinungsverschiedenheiten in gewissen durch die Balkankrise hervorgerufenen Fragen vermindert worden sei. Wie San Giuliano sagte, wird Italien niemals die wohlwollende Haltung Rußlands während seines Konfliktes mit der Türkei vergessen, und die Zugehörigkeit

Italiens zu einer andern Mächtegruppe vermindert seiner Ansicht nach nicht im geringsten das Bestreben Italiens, den Wünschen Rußlands auf Erhaltung des allgemeinen europäischen Friedens entgegenzukommen. Andererseits erklärte mir der italienische Außenminister bestimmt und deutlich, daß die italienische Regierung die Politik Österreichs durchaus billige, die in allerletzter Zeit in seinem schroffen Auftreten gegen Serbien zum Ausdruck gelangt sei, ebenso wie auch in seinem nicht weniger scharfen Vorgehen, und zwar gemeinschaftlich mit Italien, gegen Griechenland in der Frage der albanischen Grenzen. In letzterer Hinsicht sagte mir San Giuliano ohne jeden Vorbehalt, daß Österreich Italien über das Serbien überreichte achttägige Ultimatum nicht verständigt habe, daß er aber diesen Schritt vollkommen verstehe, da er genau unterrichtet gewesen sei, daß die österreichisch-ungarische Regierung den Versuch Serbiens, sich gegen Albanien über die von der Londoner Konferenz bestimmte Grenze hinaus vorzuschieben, sehr ernst nimmt und im voraus den Beschluß gefaßt hatte, Serbien sogar mit Waffengewalt zu zwingen, sich hinter die in London bestimmte Linie zurückzuziehen. Den Worten des italienischen Außenministers gemäß muß man die wenig wohlwollende Haltung der russischen öffentlichen Meinung Österreich gegenüber hauptsächlich darauf zurückführen, daß sie darüber nicht unterrichtet gewesen sei, wie empfindlich Österreich-Ungarn dieser Tatsache gegenüber war, und wie notwendig ein derartiger Schritt zur Verhütung weit schlimmerer Folgen war.

In Beantwortung der mir gemachten Erklärungen habe ich dem Marquis di San Giuliano gesagt, daß das Streben Italiens, sich Rußland weiter zu nähern, soweit es sich nicht im Gegensatz zur bestehenden politischen Gruppierung befindet, in unserm Vaterlande nur aufs freudigste begrüßt werden könnte, da für eine Annäherung, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht, noch viel Spielraum vorhanden sei, während in politischer Hinsicht freundlichere gegenseitige Beziehungen zwischen Italien und Frankreich nur der allgemeinen Beruhigung dienen könnten, deren die durch die Erregungen der beiden letzten Jahre erschütterte Welt so dringend bedürfe.

Was den zweiten Teil der Erklärungen des Marquis di San Giuliano anbelangt, so habe ich ihm in aller Offenheit geantwortet, daß die öffentliche Meinung und die Regierung Rußlands seinen Standpunkt hinsichtlich der Berechtigung eines isolierten Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht teilen könnten. Ich setzte ihm auseinander, daß die russische Regierung natürlich nicht den Anspruch erhebe, ebenso genau wie Italien, der Bundesgenosse Österreich-Ungarns, über alle Absichten Österreich-Ungarns hinsichtlich der Beurteilung der einzelnen Ereignisse unterrichtet zu sein, daß aber die Verwicklungen auf dem Balkan ihrem Gesamtverlauf nach Italien genügend deutlich davon überzeugt haben müßten, daß Ruß-

land über die Stimmung der einzelnen Mächte auch nicht unorientiert sei, und daß bei allen Krisen der Verhandlungen unsere Politik nicht nur einen deutlichen Beweis der Friedensliebe Eurer Kaiserlichen Majestät gegeben, sondern auch eine vollkommen objektive Beurteilung der einzelnen politischen Momente bekundet habe. Ich führte nur zwei geschichtliche Ereignisse als Beispiel an und bat den italienischen Minister des Auswärtigen, zuzugeben, daß in der Frage eines serbischen Zuganges zur Adria und der Angliederung Skutaris an Montenegro gerade Rußland das entscheidende Wort gesprochen hat, das mit ruhiger Ergebnisheit von Serbien und, wenn auch erzwungen, von seiten des Königs von Montenegro, angenommen worden ist. Ich wies hierbei darauf hin, daß zweifellos dasselbe Ergebnis, das Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum erstrebte, auch ohne diese äußerste Maßregel hätte erzielt werden können, wenn sich die österreichisch-ungarische Regierung nicht von den übrigen Mächten abgesondert, sondern an diese gewandt hätte, um einen gemeinsamen und ruhigeren Druck auf Serbien auszuüben. Die serbische Regierung hat während der ganzen Krisis so viel Ruhe und so viel Bereitwilligkeit, den Wünschen der Großmächte entgegenzukommen, an den Tag gelegt, daß man sie in diesem Falle wohl kaum der Absicht habe verdächtigen können, nicht nur eine vollendete Tatsache schaffen und ihre Grenze mit dem Recht des Eroberers verbessern, sondern auch einen neuen Vorwand zu Verwicklungen zwischen den Großmächten suchen zu wollen. Ich schloß meine Erklärungen mit einem Hinweise darauf, daß mir der gemeinsame Schritt Österreich-Ungarns und Italiens Griechenland gegenüber ebenso außergewöhnlich erscheine, da er mit besserem Erfolge durch eine allgemein-europäische Demarche diesem Staate gegenüber hätte ersetzt werden können. Ich habe meine Bemerkungen folgendermaßen zusammengefaßt: Die Balkankrise ist bisher verhältnismäßig sehr günstig nur aus dem Grunde verlaufen, weil alle Mächte solidarisch waren und gemeinsam handelten, und weil alle verschiedenartigen Ansichten und Bestrebungen durch gegenseitige Zugeständnisse und durch die gemeinsame Erörterung der spruchreifen Fragen gemildert wurden; nur von einer gleichen Art des Vorgehens in den noch zu lösenden Fragen kann Europa einen günstigen Ausgang der gegenwärtigen Krisis erhoffen. Vereinzelte Schritte der Mächte hingegen und eine isolierte Politik ihrerseits können nur neue Verwicklungen schaffen, indem dadurch das mit großer Mühe erzielte gegenseitige Vertrauen und Verständnis vernichtet und die Grundlage für eine ungesunde Rivalität geschaffen würde.

Unser Botschafter in Italien ist der Ansicht, daß die Antwort des Marquis di San Giuliano auf meine Ausführungen eher den Charakter einer Verteidigung des Bundesgenossen hat, als den einer Entgegnung auf die von mir dargelegten Grundsätze. Statt jeder sach-

lichen Erwiderung ist mir ziemlich unerwarteterweise der Vorschlag gemacht worden, zu einem Meinungsaustausch über eine weitere Annäherung zwischen Rußland und Italien zu schreiten. Da ich nicht befugt war, auf einen derartigen und namentlich so überraschenden Vorschlag einzugehen, so konnte ich dem Marquis di San Giuliano nur antworten, daß unsere Bereitwilligkeit zu einer Annäherung keinem Zweifel unterliegen könne und es sehr wünschenswert wäre, wenn er seinerseits genauer angeben wolle, worin die Wünsche der italienischen Regierung bestehen. Als mich der Marquis di San Giuliano an die Bahn begleitete, sagte er mir, er sei bereits in eine Erwägung dieser Frage eingetreten, ich persönlich glaube aber, daß seine Erklärungen eigentlich nur eine Wiederholung dessen sein werden, was er unserm Botschafter bereits vor einem Jahre gesagt hat, ohne daß bis jetzt irgendwelche praktischen Vorschläge erfolgt wären.

Beziehungen zur französischen Tagespresse.

Als ich in Paris ankam, mußte ich, abgesehen von meinen Verhandlungen mit der französischen Regierung, mit einer Macht rechnen, die im öffentlichen Leben von ganz Westeuropa einen großen Platz einnimmt. Ich verstehe darunter die Presse und die Notwendigkeit, Gesprächen mit den Vertretern der einflußreichsten Blätter nicht aus dem Wege zu gehen. Gleich nach meiner Ankunft und ehe ich noch mit irgendeinem Vertreter der französischen Regierung sprechen konnte, teilte mir unser Botschafter, Hofmeister Iswolski, mit, daß der Minister des Auswärtigen, Pichon, ebenso wie einige andere Mitglieder der französischen Regierung die Bitte an mich richten würden, den Empfang wenigstens einiger der hervorragendsten Journalisten nicht abzulehnen, da meine Unterredungen mit ihnen für die französische Regierung selbst von großer Bedeutung seien. Diese stände stark unter dem Einfluß der Tagespresse und habe einigen Zeitungen erklärt, sie werde alle Anstrengungen machen, um den Pressevertretern einen, wenn auch nur bescheidenen, Zutritt zu mir zu ermöglichen. Persönlich bat mich Hofmeister Iswolski, die Vertreter von vier Zeitungen zu empfangen: Temps, Matin, Echo de Paris und Figaro, die ihm während der ganzen Balkankrise große, und wie er sagte, ganz uneigennützige Dienste geleistet hätten, indem sie den russischen Standpunkt in bezug auf die einzelnen Ereignisse der Balkankrise unterstützt und in ihren Spalten eine ganze Reihe durchaus wohlwollender Artikel gebracht hätten. Trotz all meines ablehnenden Verhaltens gegenüber unmittelbaren Beziehungen zur Tagespresse, und obgleich ich aus bitterer Erfahrung mich mehr als einmal davon überzeugt habe, daß ganz objektive und sogar längst bekannte Äußerungen einen dankbaren Vorwand abgeben

zur Entstellung dieser Äußerungen in völlig bedenkenloser Weise, namentlich wenn sie in unsern Zeitungen nachgedruckt werden, war es mir also dennoch ganz unmöglich, solchen Beziehungen aus dem Wege zu gehen, und ich mußte viel Zeit und Mühe auf sie verwenden. Soweit ich es beurteilen kann, sowohl was das Echo in der Presse selbst anbelangt, als auch besonders auf Grund der Aussagen unseres Botschafters, die durchaus mit dem übereinstimmen, was mir vom Präsidenten der französischen Republik persönlich und vom französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen gesagt wurde, sind meine Mitteilungen nicht ohne Ergebnis geblieben. Alle Zeitungen ohne Ausnahme haben den wesentlichen Sinn der ihnen gemachten Erklärungen ganz genau wiedergegeben und ihnen den Charakter beruhigender Versicherungen beigelegt, durch die die hauptsächlichsten Gesichtspunkte festgelegt werden sollten, von denen sich die Regierungen des sogenannten Dreiverbandes bis jetzt haben leiten lassen und die kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

1. Europa stehen noch viele Schwierigkeiten bevor, ehe alle während der Balkankrise aufgeworfenen Fragen endgültig gelöst sein werden;

2. die Großmächte sind von dem vollkommen klar ausgesprochenen Wunsche durchdrungen, nicht zuzulassen, daß die Interessen kleinerer Staaten eine beständige Bedrohung des europäischen Friedens bilden;

3. trotz aller scheinbaren Kompliziertheit der noch zu lösenden Aufgaben verblissen diese vor den Fragen, deren Lösung im Laufe der letzten zwei Jahre gelungen ist, und zwar nur dank dem gemeinsamen Bestreben aller, einen Ausweg aus den gegensätzlichen und scheinbar schwer zu vereinbarenden Interessen zu finden;

4. die kleineren Staaten müssen sich dem Willen und den Bestrebungen der Großmächte fügen, und sie werden gewiß hierzu bereit sein, wenn sie es nicht mit entzweiten, sondern durch gemeinsame Bestrebungen und Interessen verbundenen Großmächten zu tun haben werden;

5. die südliche Abgrenzung Albaniens besonders, die große technische Schwierigkeiten bietet, kann nicht als eine Frage der Bedrohung des europäischen Friedens angesehen werden, da diese Schwierigkeiten in jedem Falle geringer sind als diejenigen, die man aus anderen Anlässen während der Balkankrise einer Lösung hat zuführen können;

6. der Friede kann nur bedroht werden, wenn die einzelnen Mächte isoliert vorgehen und sich einer gemeinsamen Erörterung aller bisher noch ungelösten Fragen entziehen. Dies bezieht sich ganz besonders auf das Schicksal der Ägäischen Inseln und die armenischen Reformen.

Ich halte es für meine Pflicht, zu bemerken, daß ich bei Aufstellung dieser grundsätzlichen Gesichtspunkte sie einer vorherigen Prüfung unterzog, indem ich mich nicht nur mit unserem Botschafter, sondern ganz besonders auch mit dem französischen Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen auseinandersetzte, die meine Formulierung als in unbedingter und ganz genauer Übereinstimmung mit dem Standpunkte unserer beiden Regierungen anerkannt und es auf sich genommen haben, sie dem Präsidenten der französischen Republik zu übermitteln. Mein Empfang beim Präsidenten war auf den meiner Unterredung mit den Journalisten folgenden Tag festgesetzt worden. Die beiden Minister sagten mir hinterher, Poincaré sei bereit, mit beiden Händen, wie sie sich ausdrückten, meine Formulierung zu unterschreiben, und er habe sie sogar ermächtigt, mir mitzuteilen, daß Besprechungen mit der Presse in diesem Sinne der französischen Regierung weit über die Grenzen Frankreichs hinaus einen großen Dienst erweisen würden.

Ich glaube annehmen zu können, daß unser Botschafter in Paris den Minister des Auswärtigen bereits benachrichtigt hat, in wie hohem Maße der Wunsch der französischen Regierung erfüllt worden ist, und ich persönlich kann Ew. M. berichten, daß während meines neuntägigen Aufenthaltes in Paris buchstäblich kein einziger Artikel veröffentlicht worden ist, abgesehen etwa von der Zeitung des bekannten Sozialisten Jaurès, der „Humanité“, der sich nicht mit meinen Erklärungen in einem durchaus günstigen Sinne beschäftigt hätte. Von unserm russischen Standpunkte aus, ganz besonders im Hinblick auf die völlige Desorganisation unserer Presse und ihrer Entfremdung nicht allein von der Regierung, sondern auch von den russischen Gesellschaftskreisen, hat dieser Umstand natürlich keine große Bedeutung, aber vom Standpunkte Frankreichs aus, wo der Einfluß der Presse fast unbegrenzt ist, hätte eine Ablehnung meinerseits, die Journalisten zu empfangen, wahrscheinlich zu einem ganz entgegengesetzten Ergebnis geführt. Unsere Presse ist natürlich meinen Erklärungen mit dem Hinweis auf meinen gewöhnlichen und unverbesserlichen Optimismus begegnet und hat nicht einmal den Umstand erwähnt, daß meine beruhigende Erklärung hinsichtlich der griechisch-türkischen Meinungsverschiedenheiten schon nach einigen Tagen durch die schnelle Erledigung des griechisch-türkischen Konfliktes bestätigt worden ist.

Besprechungen mit französischen Regierungsvertretern über allgemeine politische Fragen

Indem ich nun zu meinen Unterredungen über allgemein-politische Fragen mit der französischen Regierung übergehe, muß ich vor allem bemerken, daß diese, mit wem sie auch stattfanden, stets

einen ausnehmend freundschaftlichen Charakter gehabt haben. Angefangen vom Präsidenten der Republik, in dem Rußland unbedingt einen überzeugten und begeisterten Freund besitzt, bis zum jüngsten und verhältnismäßig wenig einflußreichen Vertreter der Regierung, wie z. B. dem jetzigen Finanzminister Dumont, sind alle politischen Persönlichkeiten zweifellos von der allgemein verbreiteten und ganz unverhüllten Überzeugung durchdrungen, daß das Bündnis Frankreichs mit Rußland der einzige Faktor ist, der die Zukunft Frankreichs gewährleistet. Ich habe in allen Regierungskreisen eine Stimmung angetroffen, die uns die unbedingte Hilfsbereitschaft, in welcher Art wir diese auch wünschen sollten, gewährleistet. Diese Bereitschaft ist ganz offen in meinen Verhandlungen über Finanzfragen zutage getreten; sie zeigte sich auch in jeder Unterredung, in jeder Aufmerksamkeit mir gegenüber, die natürlich nicht mir persönlich, sondern dem Vertreter der Regierung Ew. M. galt.

Alle Staatsmänner, vom Präsidenten der Republik an, wiederholten beständig eine These meiner allgemeinen Grundsätze, nämlich, daß es notwendig sei, die Gemeinsamkeit des europäischen Vorgehens um jeden Preis zu erhalten und mit allen Mitteln das zu vermeiden, was sie „isolierte Schritte“ (*pas isolés*) nannten, worin sie eine wirkliche Bedrohung des Friedens erblickten.

Aber in denselben Unterredungen sind mir auch andere Züge aufgefallen, die wir beachten sollten. Die französische Regierung, soweit ihre jetzige Zusammensetzung in Betracht kommt, zeigt ohne Zweifel und dabei ziemlich unverhüllt den Wunsch, alle Zufälligkeiten zu vermeiden, die Frankreich wieder auf den Weg der sogenannten Abenteuer führen könnten. In Kleinigkeiten macht sich ebenso wie in wichtigen Lebensfragen immer dasselbe Bestreben fühlbar, Ruhe und Frieden zu bewahren und den Anschein irgendwelcher ernster Schwierigkeiten zu vermeiden. Ich will nicht die mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Nachrichten wiederholen, in den breiten Massen der französischen öffentlichen Meinung herrsche ein gewisser Zweifel hinsichtlich der Kriegsbereitschaft der französischen Armee und der Begabung ihrer Generale, obwohl sicherlich die Maßnahmen der französischen Regierung nach dem Herbstmanöver im Sinne der Versetzung einiger Generale von höheren Stellungen in niedrigere und die Verabschiedung anderer weit bekannt geworden und sogar in die Spalten der Tagespresse gedrungen sind. Sie mußten natürlich einen peinlichen Eindruck in der Öffentlichkeit hervorrufen, die allen Fragen der nationalen Verteidigung gegenüber äußerst empfindlich ist, und man darf sich nicht wundern, daß Leute, die den politischen Strömungen fernstehen, manchmal Befürchtungen hinsichtlich eines für Frankreich günstigen Ausgangs eines möglichen bewaffneten Konfliktes äußern. Ich muß auf alle Fälle Ew. M. bezeugen, daß ich bei der französischen Regie-

rung selbst das deutliche Bestreben gefunden habe, die einzelnen noch zu lösenden außenpolitischen Fragen möglichst ruhig zu erörtern. Der Ministerpräsident Barthou, der durch die Gradheit und Offenheit seiner Ansichten überhaupt den besten Eindruck macht, und der Außenminister Pichon, dem zweifellos das Verdienst der Lösung vieler schwieriger Fragen zukommt, haben mir öfters ganz bestimmt und ohne Anregung meinerseits erklärt, die gesamte Regierung hege ihrem östlichen Nachbarn gegenüber die wohlwollendsten Gefühle, und sie haben mich sogar gebeten, wenn sich eine Möglichkeit hierfür bietet, dem deutschen Reichskanzler mitzuteilen, daß die französische Regierung nicht nur keine Zuspitzung der Beziehungen zu Deutschland wünsche, sondern sogar bereit sei, in einem ganz versöhnlichen Sinne an die Lösung einer ganzen Reihe von Fragen heranzutreten, die, besonders in Kleinasien, schon längst eine Klarstellung erfordern.

Diese Stimmung der französischen Regierung bedarf natürlich gewisser Kommentare. Es will mir scheinen, daß die richtigste Erklärung in jener Stimmung der französischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu suchen ist, die zutage tritt, wenn man mit Geschäftskreisen und Leuten, die im praktischen Leben stehen, in nahe Berührung kommt. Mit Ausnahme eines nicht großen Kreises, der radikalen Ansichten huldigt, ist das ganze jetzige Frankreich, übrigens nicht Frankreich allein, der andauernden politischen Krisis äußerst müde; in den Geschäften ist ein großer Stillstand eingetreten; die Industrie beginnt die schädlichen Folgen der unsicheren Lage zu fühlen. Seit zwei Jahren lebt die ganze französische Gesellschaft im Zustand einer gewissen Unruhe, jeden Tag das unerwartete Eintreten des einen oder andern Ereignisses erwartend, das zu schweren Verwicklungen führen könnte. Niemand will seine Ersparnisse dem einen oder andern Unternehmen anvertrauen, da man nicht klar die Möglichkeit einer ruhigen geschäftlichen Entwicklung voraussieht; die Menschen haben gewissermaßen die Gewohnheit verloren, Geschäfte zu treiben, was der praktischen Richtung des Durchschnittsfranzosen durchaus widerspricht. Niemand will sich mehr für sogenannte solide Unternehmungen und Staatspapiere interessieren, weil man jeden Tag das fortwährende und unaufhaltsame Fallen der Kurse sieht, und bei den meisten Leuten, deren Ersparnisse den gesamten nationalen Reichtum Frankreichs bilden, zeigt sich ein schlecht verhülltes Mißtrauen dem morgigen Tag gegenüber, was darin seinen Ausdruck findet, daß viele Menschen bereits beginnen, ihr Geld einfach in bar in den Banken oder in ihren Geldschränken zu halten, weil sie diese unvorteilhafte Art der Aufbewahrung den mehr oder weniger sicheren Verlusten der einzelnen Finanzoperationen vorziehen.

Man darf diese Stimmung dem französischen Durchschnittsbürger nicht allzusehr zum Vorwurf machen, denn zur Zeit der leb-

haften Spekulation hat man ihn daran gewöhnt, seine Ersparnisse in verschiedenen mexikanischen, brasilianischen und argentinischen Werten anzulegen, die unter normalen Verhältnissen eine größere Einnahme abwarfen als die soliden Staatspapiere, die aber während der von uns jetzt durchlebten Krisis ihn mit großen Verlusten, manchmal sogar mit dem Ruin bedrohten. Dies alles wird natürlich von der Regierung berücksichtigt, um so mehr als in dem inneren Leben Frankreichs vieles hervortritt, was die Regierung zwingt, in der allgemeinen Leitung ihrer Politik besonders vorsichtig zu sein. Die Vertreter der heutigen Regierung, die gemäßigten und vernünftigen Kreisen der französischen Gesellschaft angehören, müssen notgedrungen mit Bedacht vorgehen, da sie mit einer Reihe von Tatsachen zu rechnen haben, die sie ernstlich beunruhigen. Es genügt, auf das Projekt der Abänderung des Wahlrechtes hinzuweisen, dem die Regierung mit einer gewissen Beunruhigung gegenübersteht, da sie voraussieht, daß es in der Frage dieser Reform zu einem scharfen Konflikt zwischen der Deputiertenkammer und dem Senate kommen kann. Sodann ist die Regierung nicht so sehr mit der jetzigen Zusammensetzung der Deputiertenkammer, in der sie eine große Unterstützung findet, unzufrieden, als sie durch die große Zersplitterung der Parteien und die Mannigfaltigkeit der erhobenen Forderungen beunruhigt wird.

Andererseits ist die finanzielle Lage des Staates, so merkwürdig dies auch erscheinen mag, durchaus nicht befriedigend. Im Laufe vieler Jahre hat die Regierung die Lösung der Deckungsfrage für eine ganze Reihe unbedingt notwendiger Ausgaben verschoben und sich auf unbedeutende Maßnahmen zur Balancierung der Budgets beschränkt, durch die bedeutende Summen von einem Jahre ins andere überschrieben wurden, ohne gedeckt zu werden. Jedes Kabinett zog es vor, seinem Nachfolger die sogenannte „Budgetehrlichkeit“ zu überlassen, und, von der Hand in den Mund lebend, ist die Regierung unvermeidlich in die Lage versetzt worden, in der sie sich jetzt befindet, wo das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit und die ständige Erhöhung der Armee ihr nicht mehr das zu tun gestatten, was früher getan wurde, d. h. auf unbestimmte Zeit jene Unannehmlichkeit zu vertagen, die für alle und jeden das Wort „Defizit“ darstellt. Diesmal mußte daher die Regierung beim Abschluß des Budgets für das Jahr 1914 direkt und offen an zwei gleich beunruhigende Tatsachen herantreten: Erstens offen vor dem ganzen Volke zugeben, daß dem reichen Frankreich 1300 Millionen Franken oder fast 500 Millionen Rubel fehlen, um seine Schulden zu decken, die teilweise bei Lebzeiten des jetzigen Kabinetts selbst entstanden sind, teilweise das Erbe der früheren Zeiten bilden, und zweitens erklären, daß, um in Zukunft derartige unangenehme Überraschungen zu vermeiden, man sich zur Erhöhung einer ganzen Reihe von Steuern entschließen

müsse, und zwar von Steuern, die am stärksten die bemitteltesten und folglich auch zuverlässigsten Kreise der Bevölkerung treffen. Wenn man ferner bedenkt, daß die Regierung diese unangenehme Erklärung einer Kammer gegenüber abgeben muß, deren Vollmachten bald erlöschen und die sich natürlich nicht entschließen wird, diese Steuern unmittelbar vor den Neuwahlen zu genehmigen, schon aus dem einfachen Grunde, weil jeder Deputierte wieder ins Parlament zurückkehren will, aber wohl weiß, daß, wenn er für die neuen Steuern stimmt, er von seinem Gegner geschlagen werden wird, so kann man sich leicht vorstellen, wie schwierig die Lage der jetzigen Regierung ist und wie schwer für sie der Kampf inmitten der mannigfaltigen Strömungen des heutigen politischen Lebens ist.

Im Grunde genommen hat diese Lage für uns keine besondere Bedeutung. Man darf zuversichtlich behaupten, daß, welches immer der Mißerfolg der jetzigen, Rußland so freundschaftlich gesinnten Regierung sein möge, eine jede andere dieselben Gefühle uns gegenüber hegen wird, und daß der allgemeinen Richtung der französischen auswärtigen Politik keinerlei Änderung droht. Der heutige Radikalismus hat im Lande keinerlei Erfolg, und Politiker, wie der frühere Ministerpräsident Caillaux, der in das Budget das Element der Unbeständigkeit und nicht wenig Unruhe in die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hineingetragen hat und noch vor kurzer Zeit groß dastand, sind anscheinend noch weit entfernt, zur Regierung zurückzukehren. Jedenfalls unterliegt eines keinem Zweifel: Frankreich ist zur Zeit viel friedliebender als vor zwei Jahren, und diese Stimmung muß sich in einer ruhigeren Auffassung der verschiedenartigen Fragen des heutigen politischen Lebens äußern.

In dieser Hinsicht müssen wir aber mit einem für uns ungünstigen Umstande rechnen. Ich darf ihn Ew. M. nicht verschweigen. Frankreich wird sich in den großen Fragen der allgemeinen Politik, die seine Lebensinteressen ganz besonders berühren, nie von uns absondern, aber da, wo diese Interessen nicht auf dem Spiele stehen, wo andere, russische oder allgemein-europäische, vorwiegen, da wird Frankreich ohne Frage äußerst zurückhaltend sein und aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf uns im Sinne einer nachgiebigeren Lösung der aufgeworfenen Fragen einzuwirken beginnen.

Verhandlungen über die Entwicklung unserer Eisenbahnen

Nach diesen allgemeinen Erwägungen habe ich nun Ew. M. über den eigentlichen Gegenstand meiner Aufgabe zu berichten, die darin bestand, festzustellen, ob Frankreich bereit sei, uns bei der Entwicklung unserer Eisenbahnen zu unterstützen. Ich halte es für meine Pflicht, alleruntertänigst zu berichten, daß ich in dieser Hinsicht der

aufrichtigsten und unzweideutigsten Haltung der französischen Regierung begegnet bin, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß dieses hauptsächlichste Ziel meines Pariser Besuches völlig erreicht worden ist.

Damit meine weiteren Darlegungen keinerlei Zweifel Ew. M. hervorrufen, glaube ich zur Allerhöchsten Kenntnis bringen zu müssen, daß auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues unsere Sorge gerade darin besteht, auf welche Weise die Mittel aufzutreiben sind, die zur Inangriffnahme umfangreicher Eisenbahnbauten so überaus notwendig sind. Unsere Staatsfinanzen befinden sich zur Zeit in sehr guter Verfassung. Ohne die Bevölkerung mit neuen Steuern zu belasten, haben wir im Laufe der letzten vier Jahre unser Budget um fast 800 Millionen Rubel erhöht, indem wir hierzu die sehr schnell zunehmenden Staatseinkünfte verwandten, die die Voranschläge des Haushaltungsplanes weit übertroffen haben. In dieser Zeit haben wir fast Dreiviertel der Ausgaben für Erbauung der Amureisenbahn gedeckt, haben dem Marineministerium die nötigen Mittel zur Ausführung des sogenannten kleinen Flottenbauprogramms gegeben, haben in weitgehendem Maße die Forderungen des Kriegsministeriums hinsichtlich verschiedener Materialankäufe zu Ausrüstungszwecken befriedigt und fast allen Ministerien bedeutend größere Mittel zur Bestreitung der mannigfaltigen Bedürfnisse unseres Volkslebens zur Verfügung gestellt. Trotzdem leben wir nicht nur ohne irgendwelche neue Steuern oder Anleihen, sondern verfügen noch über eine bedeutende Reserve bis zu 500 Millionen Rubel, als verfügbaren Kassenbestand unseres Schatzamtes. Bei einer derartigen Lage der Dinge könnte naturgemäß die Frage entstehen, ob es nicht möglich wäre, auch die Bedürfnisse des Eisenbahnbauprogramms aus den schon vorhandenen Mitteln zu decken, indem mit dem Bau einer ganzen Reihe von Linien auf Grund einer unmittelbaren Verfügung der Regierung begonnen wird. Meiner festen Überzeugung nach wäre jedoch ein derartiges Verfahren durchaus unrichtig und sogar verhängnisvoll für die Interessen des Staates. Wie groß auf den ersten Blick auch der Barbestand von 500 Millionen Rubel erscheinen mag, so würde doch diese Summe nur für einen sehr bescheidenen Teil unserer Eisenbahnbauten genügen können, selbst wenn die Umstände gestatteten, sie restlos hierzu zu verwenden. Bei den jetzigen Preisen der Eisenbahnbauten, ungefähr 75000 Rubel pro Werst, könnten wir im besten Falle nicht mehr als 6000 Werst bauen, wobei wir das Schatzamt aller Reserven entblößen würden. Aber die frei verfügbaren Mittel des Schatzamtes sind bereits von Ew. M. für ganz andere, und zwar noch viel wichtigere staatliche Bedürfnisse bestimmt worden, und zwar zur Erhöhung der zahlenmäßigen Stärke unserer Armee und der Bestreitung der hiermit verbundenen einmaligen Ausgaben.

In den Nachbarstaaten, besonders in Deutschland und auch in Frankreich, die gleichzeitig mit uns ihre Streitkräfte zu vermehren begonnen haben, ist hierzu entweder eine einmalige, verhältnismäßig schwere steuerliche Belastung aller vermögenden Klassen erforderlich gewesen, wie dies in Deutschland der Fall war, oder die Einführung einer ganzen Reihe neuer ständiger Steuern, wie dies in Frankreich unvermeidlich der Fall sein wird. Rußland hat nicht die Möglichkeit, dem Beispiele Deutschlands zu folgen, weil es bei uns nicht jene vermögenden Klassen gibt, die man zur Deckung einer einmaligen Ausgabe zur Vermehrung der Armee hätte besteuern können. Dem Beispiele Frankreichs im Sinne der Einführung einer ganzen Reihe neuer Steuern können wir auch schwer folgen, um so mehr als man die Einwände voraussehen kann, die von den gesetzgebenden Körperschaften erhoben werden würden. Wir müssen es daher gewiß als einen großen Vorteil erachten, daß unser Schatzamt gegenwärtig über derartige Reservemittel verfügt, die, in guten Jahren gesammelt, uns jetzt die Möglichkeit geben, eine so überaus wichtige Aufgabe, wie die der Verstärkung der Landesverteidigung, zu erfüllen, ohne die Bevölkerung mit neuen Steuern zu belasten. Es ergibt sich hieraus, daß es äußerst unklug wäre, unsere Barmittel zur Herstellung von Eisenbahnen auszugeben, und die Sorge für den Staat muß uns dazu bewegen, diese Mittel für die Zwecke zu verwenden, die von Ew. M. in der Sitzung des 10. März 1913 bestimmt worden sind.

Für Eisenbahnbauten müssen andere Mittel gefunden werden; sie werden durch die verschiedenen Kategorien der Eisenbahnen selbst bestimmt. Auf Kosten des Fiskus muß aus dessen Budgetmitteln das vorhandene Staatsnetz entwickelt und vervollständigt, dergleichen müssen auch solche Linien gebaut werden, für die private Initiative nicht in Betracht kommt. Selbst bei der Annahme, daß das beständige Anwachsen unserer staatlichen Ausgaben es uns ohne Störung des unumgänglich notwendigen Gleichgewichtes in unserm Budget nicht gestatten wird, Staatsbahnen in größerem Umfange als zur Zeit zu bauen, muß man doch auch in diesem Falle im Auge behalten, daß im laufenden Jahre 110 Millionen Rubel für Erbauung von staatlichen Linien genehmigt worden sind. Ein bedeutender Teil dieser Summe ist für die Amurbahn bestimmt, die im Jahre 1915 oder 1916 beendet sein wird, und folglich werden wir auch ohne Erhöhung unseres Budgets in der Lage sein, in Zukunft bestimmte Summen auszuschütten zur Erbauung derjenigen Linien durch den Fiskus, die nur auf seine Verfügung hergestellt werden könnten.

Gleichzeitig muß man meiner festen Überzeugung nach die privaten Linien ausbauen und vervollständigen, indem man hierzu Mittel findet, ohne die direkte Schuldenlast des Reiches zu vergrößern, deren Vermehrung im Hinblick auf die Sicherheit unseres Kredites

sehr unerwünscht wäre. Zur Zeit ist es jedoch eine schwierige Sache, hierfür Mittel durch Ausgabe verschiedener staatlich garantierter Obligationen privater Eisenbahngesellschaften zu beschaffen.

Ohne überhaupt von dem amerikanischen Geldmarkte zu sprechen, der niemals in Betracht kam, wenn es sich um die Unterbringung festverzinslicher europäischer Werte handelte, sondern selbst ein Schuldner Frankreichs ist, an das er sich ständig wenden mußte, um seine mannigfaltigen Unternehmungen zu finanzieren, muß man im Auge behalten, daß der europäische Geldmarkt sich zur Zeit in einer für die Unterbringung solcher Wertpapiere, wie unserer Eisenbahnobligationen, äußerst ungünstigen Lage befindet.

In Rußland selbst gibt es gar keinen einigermaßen sicheren Markt für derartige Werte. Die Ersparnisse unserer Bevölkerung sind nicht groß, und die Ausgabe von Eisenbahnobligationen auf unserem Markte ist tatsächlich unmöglich.

Was den deutschen Markt anbelangt, der noch unlängst das hauptsächlichste Absatzgebiet unserer Eisenbahnobligationen war, und uns bedeutende Vorteile bot im Hinblick auf die verhältnismäßig bescheidene Steuer, der dort derartige Werte unterliegen, so ist er zur Zeit so belastet und eingeengt, daß er im besten Falle, und selbst wenn in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ein durchaus geeigneter Zeitpunkt gewählt wird, nur mit Mühe die bescheidene Summe bis zu 50 Millionen Rubel im Jahr für uns aufbringen könnte, da alle seine freien Mittel von den deutschen Staatsanleihen oder jenen sich ständig wiederholenden provinziellen, städtischen und öffentlichen Anleihen aufgesaugt werden, die die Folge der erhöhten Bautätigkeit in den Städten und jener umfangreichen Unternehmungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Wohlfahrtseinrichtungen in den deutschen Städten sind, die jeden Besucher Deutschlands in Erstaunen setzen. Der deutsche Markt ist jetzt für ausländische und darunter auch russische Anleihen fast verschlossen, obwohl wir mit einer wohlwollenden Haltung der deutschen Regierung rechnen könnten und obwohl die deutschen Kreditinstitute im allgemeinen auch selbst wünschen würden, die ehemaligen Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten.

In ungefähr derselben Lage befindet sich auch der Londoner Markt. Die landläufige Vorstellung von seinem Reichtum, von seinem Überfluß an freien Kapitalien, die angeblich nur auf eine sichere Anlage warten, wird am besten durch folgende unbestreitbare Tatsache widerlegt: Festverzinsliche Werte, wie die englischen Konsols, fallen täglich, finden gar keine Käufer und stehen heute so niedrig wie noch nie; bei einem Ertrage von $2\frac{1}{2}$ Prozent beträgt ihr Kurs 73 Prozent. Ein anderes, nicht weniger beredtes Beispiel ist die Unterbringung der letzten Petersburger Städtischen Anleihe in London. Die Petersburger Stadtverwaltung hat den Vorschlag der französi-

schen Banken, die ganze Anleihe im Betrage von 66 Millionen Rubel auf einmal unterzubringen, abgelehnt und es vorgezogen, die Anleihe auf dem Londoner Markte unter Vermittlung einer zweitklassigen englischen Bank abzuschließen, hat aber jetzt nur ein Drittel dieser Anleihe, d. h. im ganzen 22 Millionen Rubel, emittieren können, wobei es sich trotz des in der Presse gemeldeten glänzenden Ergebnisses dieser Anleihe in Wirklichkeit herausgestellt hat, daß ein bedeutender Teil derselben vom Publikum überhaupt nicht gezeichnet worden ist. Es ist noch ganz ungewiß, ob der Ertrag der Anleihe, selbst in diesem beschränkten Maße, der Städtischen Kasse zur vereinbarten Zeit zufließen wird. Um diese Erscheinung zu erklären, muß man überhaupt im Auge behalten, daß der Londoner Markt, oder richtiger, das englische Publikum für ausländische Werte gar kein Interesse hat, d. h. für solche Papiere, die einen ständigen und genau bestimmten Ertrag abwerfen, und daß es überhaupt nicht gerne solche Wertpapiere kauft, die die Ausgabe einer verhältnismäßig großen Summe erfordern. Um z. B. eine russische 100-Rubel-Eisenbahnobligation zu kaufen, muß man ungefähr 10 Pfund Sterling ausgeben; die große Masse aber steht derartigen Ausgaben völlig gleichgültig gegenüber und zieht ihnen die sogenannten „shares“ vor, d. h. kleine Anteilscheine an dem einen oder andern industriellen Unternehmen, wobei sie nur ein oder zwei Pfund Sterling auszugeben braucht und die Aussicht hat, sich durch einen höheren Verkauf, der entweder die Folge der Ertragsfähigkeit des Unternehmens oder meistens gewandter Spekulation ist, schnell zu bereichern. Hierbei sind die häufigen Verluste niemals eine Lehre für das Publikum, da die meisten Leute glauben, daß gerade sie im Besitze des Geheimnisses des Gewinnes seien und der Verlust des Nachbarn nur die Folge seiner Unverständigkeit oder seiner Irrtümer sei. Das beste Beispiel hierfür bieten in jüngster Zeit die Naphthaunternehmungen von Maykop, durch die viele Engländer ruiniert worden sind und alle ihre Ersparnisse verloren haben, da die von der Spekulation angepriesenen Unternehmungen sich meistens als untauglich zur Ausbeutung erwiesen haben. Aber diese Lehre hat das Interesse Englands an unserer Naphthaindustrie nicht vermindert, hauptsächlich, was die Ausbeutung neuer Vorkommen anbelangt. Spekulation ist hier ein viel stärkerer Faktor als ruhige Überlegung, die noch unlängst zu dem sogenannten „placement de bon père de famille“ geführt hat, d. h. zur Anlage der Ersparnisse zu kleinen Prozenten, jedoch ohne jede Verlustgefahr.

Auf diese Weise bleibt uns zur Ausgabe unserer Eisenbahnobligationen notgedrungenerweise nur der französische Markt, an den ich mich wenden mußte, indem ich der allgemein anerkannten Notwendigkeit, unser Eisenbahnnetz auszubauen, Rechnung trug.

Ich kann Eurer Majestät nicht verheimlichen, daß ich große Be-

fürchtungen hegte, als ich meine Verhandlungen mit der französischen Regierung über diese Frage begann. Ich glaubte, ich würde von seiten der uns befreundeten und verbündeten Regierung zum mindesten einer ausweichenden Haltung unseren Wünschen und Erklärungen gegenüber begegnen, da gerade zum Zeitpunkte meiner Ankunft in Paris zwei für uns gleich ungünstige Tatsachen entstanden waren. Einerseits stellte sich heraus, wie ich bereits oben Ew. M. berichtet habe, daß Frankreich selbst eine ziemlich bedeutende innere Anleihe im Betrage von 1300 Millionen Franken abschließen muß, und hieraus ergab sich notwendigerweise, daß die Regierung darauf bedacht sein mußte, die Mittel des Landes in erster Linie zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse zu verwenden.

Andererseits hatte sich eine Reihe anderer Mächte zur gleichen Zeit an die französische Regierung mit der Bitte um unmittelbare finanzielle Unterstützung gewandt. Noch vor meiner Ankunft hat Serbien mit Zustimmung der Regierung mit einer Bankgruppe einen Vertrag über eine Anleihe von 250 Millionen Franken abschließen können, und zwar unter Bedingungen, die für die französischen Gläubiger viel günstiger sind als diejenigen, die von uns, ohne unsern Kredit zu erschüttern, angeboten werden können. Nur der Zeitpunkt der Emission war noch nicht festgesetzt, was sich später für uns als nicht ungünstig erwies. Auch Bulgarien verlangte nachdrücklich den Abschluß einer bedeutenden Finanzoperation. Gleichzeitig war die Türkei bereit, den französischen Geldinstituten bedeutende Zugeständnisse zu machen. Ebenso verlangt auch Rumänien einen Kredit, und alle diese Staaten, die vor einem finanziellen Zusammenbruch stehen, kehren sich nicht im geringsten um die Bedingungen der Anleihen, wenn sie nur die nötigen Mittel erhalten, um einen Bankerott zu vermeiden. Es muß auch erwähnt werden, daß eine ganze Reihe französischer Unternehmen, wie z. B. ihre eigenen Eisenbahngesellschaften, gleichfalls Barmittel brauchen und sich unvermeidlich an den eigenen Markt wenden. Endlich sind auch die oben geschilderte Stimmung des französischen Geldmarktes, seine Ängstlichkeit, sein Mißtrauen dem morgigen Tag gegenüber sowie die bedeutenden Verluste infolge der mexikanischen Krise in gleicher Weise Umstände, die der Erreichung des von uns gesteckten Zieles nicht gerade günstig sind.

Ich bin glücklich, Eurer Majestät berichten zu können, daß alle dargelegten Tatsachen, die zu langwierigen Erörterungen während einer Reihe von Beratungen und zu einem häufigen Meinungsaustausch Anlaß gaben, dennoch einen günstigen Ausgang meiner Verhandlungen und im allgemeinen eine vollständige Einigung mit der französischen Regierung nicht verhindert haben, wenigstens in allen Dingen, die unmittelbar von der Regierung selbst abhingen oder, soweit es sich um die grundsätzliche Seite der Angelegenheit

handelte, die denn auch allein zur Zeit gelöst werden konnte. Dieses günstige, unter im allgemeinen ungünstigen Verhältnissen erzielte Ergebnis muß voll und ganz jenem besonderen Entgegenkommen zugeschrieben werden, das von allen Vertretern der französischen Regierungsgewalt, angefangen vom Präsidenten der Republik, mir und den von mir angestellten Überlegungen gegenüber gezeigt wurde und auf einem völligen Verständnis der französischen Regierung für unsere Interessen in dieser Frage beruhte.

Wie Eurer Majestät bekannt ist, haben die Vorverhandlungen zwischen mir und dem Minister des Auswärtigen einerseits und der französischen Regierung andererseits schon im Juni d. J. begonnen. Die französische Regierung selbst hat unter dem Einflusse einiger unwichtiger Umstände, die der Tätigkeit einzelner Kreditinstitute entsprangen, den nicht ganz gewöhnlichen Weg gewählt, mir durch den früheren Vorsitzenden der Kammer der Pariser Börsenmakler, H. de Verneuil, erklären zu lassen, sie sei bereit, unsere Eisenbahnbauten zu unterstützen, indem uns die Möglichkeit gewährt wird, jährlich bis zu 200 Millionen Rubel Eisenbahnobligationen zu emittieren, wenn nur die russische Regierung folgende zwei damals gestellte Bedingungen erfüllt: 1. damit einverstanden ist, die zahlenmäßige Stärke ihrer Armee zu erhöhen, und 2. unverzüglich den Bau einiger strategischer Eisenbahnlinien in Angriff zu nehmen. Die ungewöhnliche Form der Übermittlung dieser Bedingungen, unter Umgehung unseres Botschafters und sogar des französischen Vertreters in Rußland, hat mich veranlaßt, eine ganz besondere Vorsicht in dieser Frage zu beobachten, um so mehr als der spätere Besuch des Generals Joffre in Rußland zu derselben Erklärung hinsichtlich der Erbauung strategischer Linien geführt hat, über die jedoch weder mir noch dem Verkehrsminister bis zum Augenblick meiner Abreise aus Rußland Ende September irgendwelche Mitteilungen gemacht worden waren. Mit Allerhöchster Genehmigung Eurer Majestät ist daher unsere Antwort auf den Vorschlag der französischen Regierung in vorsichtigeren Ausdrücken gehalten worden, und sodann haben Eure Majestät mir zu gestatten geruht, die Angelegenheit durch persönliche Verhandlungen in Paris zu Ende zu führen, und zwar in einer Form, die unserer Gesetzgebung angepaßt wäre und uns gleichzeitig keinerlei Verpflichtungen auferlegte, die später in unsern gesetzgebenden Körperschaften Widerständen begegnen könnten. Ich muß in dieser Hinsicht Ew. M. noch einmal berichten, daß die mir in Paris erwiesene Aufnahme diese schwierige und heikle Aufgabe bedeutend erleichtert hat. In meinen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Barthou, dem Minister des Auswärtigen Pichon, dem Finanzminister Dumont und sodann in zweimaligen Unterredungen mit dem Präsidenten der Republik habe ich mich berechtigt gefühlt, die folgenden Bestimmungen als Grundlage unserer

Verhandlungen und des hierauf erzielten Einvernehmens anzunehmen. Ich halte es nun für meine Pflicht, Eurer Majestät über diese Bestimmungen vielleicht mit allzu großer Ausführlichkeit zu berichten, aber vor allem in der Absicht, daß diese Frage in Zukunft keinen Anlaß zu irgendwelchen Mißverständnissen geben soll. Die Franzosen haben über unsere Beratungen ein besonderes Protokoll geführt; da aber dieses nicht vollständig war, so habe ich der französischen Regierung vorgeschlagen, ihr denjenigen Teil dieses meines alleruntertänigsten Berichtes mitzuteilen, der eine ausführliche Darlegung des ganzen Ganges dieser Verhandlungen enthält und den ich nun Eure Majestät bitte, unserm Botschafter in Paris, der den Verhandlungen beiwohnte, und auch unmittelbar dem französischen Ministerpräsidenten bekanntgeben zu dürfen. (Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk S. M.: „Einverstanden“.)

Zu Beginn unserer Verhandlungen erklärte mir der Minister des Auswärtigen, Pichon, die französische Regierung sei durchaus bereit, unseren Wünschen nach Entwicklung unseres Eisenbahnnetzes entgegenzukommen und uns ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Diese wird in der Zustimmung bestehen, daß wir jährlich auf dem französischen Markte unsere Eisenbahnobligationen, ohne Unterschied, ob sie staatliche oder staatlich garantierte Privatanleihen sind, bis zu 500 Millionen Franken (gegen 200 Millionen Rubel) emittieren. Da die französische Regierung weiß, daß Eure Majestät eine sehr bedeutende Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee bereits beschlossen haben, so legt sie nur darauf Wert, daß die durch die Anleihe in Frankreich flüssig werdenden Mittel ganz oder in einem entsprechenden Verhältnis zur Herstellung von strategischen Linien verwendet werden sollen, zu deren Erbauung in allernächster Zeit geschritten werden muß. Aus diesem Anlaß sagte H. Pichon, die Verhandlungen zwischen General Joffre und unserm Generalstabschef hätten ergeben, daß die von den beiden Generalstabschefs als notwendig anerkannten Eisenbahnlinien in einem Zeitraum von drei bis sechs Jahren erbaut werden könnten, und daß für Frankreich natürlich die möglichst schnelle Fertigstellung der Bahnen von der größten Wichtigkeit sei, da der Mobilmachungsplan unseres möglichen Gegners an der Westgrenze einen ungeheueren Zeitvorsprung vor dem unsrigen hat; aus diesem Grunde hat Frankreich ebenso wie wir ein besonderes Interesse daran, daß unsere Truppen möglichst schnell zusammengezogen werden. Der Minister des Auswärtigen fügte hinzu, da er wisse, daß der Meinungsaustausch zwischen General Joffre und dem General der Infanterie Shilinski noch nicht zu meiner Kenntnis gekommen und Gegenstand von Beratungen zwischen den zuständigen russischen Ministerien gewesen sei, so verstehe er vollkommen, daß es schwer für mich sei, sofort eine erschöpfende Antwort zu geben; er wolle deshalb nur meine allge-

meine, grundsätzliche Ansicht in dieser Frage kennenlernen. Ich habe eine gewisse Erfahrung, wie die französische Regierung Geschäfte führt und weiß auch, daß bereits zwischen den hauptsächlichsten Pariser Finanzleuten Reibungen aus Anlaß der Aufgabe entstanden sind, mit der die französische Regierung den ehemaligen Vorsitzenden der Pariser Maklerkammer, de Verneuil, betraut hat; ich habe auch gewisse Gründe zur Annahme, daß im Schoße der französischen Regierung selbst diese Aufgabe eine gewisse Verwunderung ausgelöst hat; ich konnte wenigstens aus den Worten des französischen Ministerpräsidenten Barthou, eines sehr offenen und aufrichtigen Menschen schließen, daß er dieser Aufgabe keineswegs einen offiziellen Charakter beigelegt hatte. Ich hielt es aus diesen Gründen für meine Pflicht, im Laufe meiner Unterredungen mit den französischen Ministern klarzustellen, wie die Reise des H. de Verneuil nach Petersburg zustande gekommen war und wie weit man überhaupt seine Erklärungen als offizielle Erklärungen eines Vertreters der französischen Regierung ansehen konnte. Ich hielt dies für um so notwendiger, als in unserem eigenen Außenministerium einige Bedenken geäußert worden waren, ob es möglich sein würde, auf Grund der von mir dem Hofmeister Sasonow vorgeschlagenen schriftlichen Antwort in den Verhandlungen mit der französischen Regierung ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Wenigstens hat der französische Botschaftsrat in Petersburg, H. Doulcet, der während des Sommers den Botschafter vertrat, sowohl mir als auch Hofmeister Neratow zu wiederholten Malen nachdrücklich gesagt, die französische Regierung erwarte von uns die Erklärung unserer Bereitwilligkeit, sofort mit dem Bau strategischer Linien zu beginnen und mache ihre Zustimmung zur Emission unserer Eisenbahnanleihen in Frankreich gerade von dieser Bereitwilligkeit abhängig. Der langdauernde Meinungsaustausch, der aus diesem Anlaß stattfand, hat jedoch ergeben, daß man die Angelegenheit nicht so aufzufassen braucht. Nachdem ich in die mir von dem Minister des Auswärtigen, H. Pichon, übergebene Karte flüchtig Einsicht genommen hatte, fand ich auf ihr nur eine allgemeine Skizze der Richtungen derjenigen neuen Linien, deren Herstellung zwischen den Generalen Joffre und Shilinski besprochen worden war, wobei sich aus dieser flüchtigen Einsichtnahme sofort ergab, daß diese Linien teilweise mit denen zusammenfallen, über die bereits gegenwärtig zwischen dem Finanzministerium und dem Verkehrsministerium ein Meinungsaustausch stattfindet, die von diesen Ministerien sogar in ausführliche Bearbeitung genommen worden sind und für die man Konzession neuen oder bereits bestehenden Privateisenbahngesellschaften zu übergeben beabsichtigt. Der andere Teil der in Aussicht genommenen Linien scheint mir noch gänzlich unbestimmt zu sein. Sie können in zwei Kategorien geteilt werden: solche, deren Bau der Privatinitiative überlassen

werden können, da sie gleichzeitig auch wirtschaftlichen Bedürfnissen dienen, und solche, die im Gegensatz hierzu nur auf Kosten des Fiskus erbaut werden können, da sie in Zukunft für den Handel oder die Industrie keinerlei Entwicklung versprechen. Ich habe dementsprechend es für meine Pflicht gehalten, der französischen Regierung ausführlich die Bedingungen mitzuteilen, von denen nach den geltenden russischen Gesetzen die Erbauung von Eisenbahnlinien abhängt, und habe erklärt, daß die russische Regierung weder das Recht, noch die Möglichkeit habe, die ganz bestimmte Verpflichtung einzugehen, bis zu einem bestimmten Zeitpunkte eine genau festgesetzte Anzahl von Eisenbahnlinien zu erbauen, um so mehr als für diese eine bedeutende Länge in Aussicht genommen ist. Die Regierung könne nur erklären, daß, sobald die einen oder anderen Linien in gesetzmäßiger Weise als notwendig anerkannt sein werden und zu ihrem Bau die Allerhöchste Zustimmung Eurer Majestät erfolgt sein wird, die Regierung alle zugänglichen Maßnahmen ergreifen werde, um diese Linien auf die Weise zu erbauen, die die Erreichung des erwähnten Zweckes am ehesten gewährleistet. In dieser Beziehung wäre es grundsätzlich falsch, die Frage der Emittierung der Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markte mit der Verpflichtung, strategische Bahnen zu bauen, in Verbindung zu bringen.

Bei der Aufwertung der Frage der Emission von Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markte haben wir ausschließlich den Privatbau im Auge, werfen aber durchaus nicht die Frage der Emission von Staatsanleihen auf, die der Genehmigung der Reichsduma und des Reichsrates und sodann der Bestätigung durch Eure Majestät bedürfen. Zweifellos würde man gegenwärtig nie die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften zum Abschluß einer Anleihe erhalten können, wo wir zur Zeit einen Barbestand von 500 Millionen Rubel haben. Diese Frage muß daher ausschließlich in Zusammenhang mit der Frage der staatlich garantierten privaten Eisenbahn-Obligations-Anleihen gebracht werden, und in bezug auf diese können wir nur die Erklärung abgeben, daß die Regierung bereitwilligst und in erster Reihe diejenigen Eisenbahnprojekte prüfen wird, die mit dem Gutachten des russischen und des französischen Generalstabschefs übereinstimmen. Wenn es sich herausstellen wird, daß diese Linien gleichzeitig auch wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, so wird die Regierung alles tun, um diese Angelegenheit schnellstens zu Ende zu führen. Wenn es sich dagegen zeigen wird, daß der eine oder andere Teil des von den Generalstäben in Erwägung gezogenen Eisenbahnplanes nicht anders als auf Kosten des Fiskus gebaut werden kann, so müssen hierfür nach unsern Gesetzen die im Budget vorgesehenen Mittel des Staates verwandt werden, die auf gesetzgeberischem Wege bewilligt werden. Ob es sich hierbei als nötig erweisen wird, eine Anleihe abzuschließen, oder ob das Reich über

genügende freie Mittel verfügen wird, wie sie sich jetzt aus dem Überschuß der Einnahmen ergeben, diese Erwägungen sind für die Sache selbst ohne Belang und erfordern nur, daß die gesetzgebenden Körperschaften der Aufnahme der nötigen Mittel in das Budget zustimmen. Ich habe hierbei die französischen Minister über zwei wichtige Umstände aufgeklärt: 1. Bis zum Jahre 1915 oder spätestens bis zum Jahre 1916 beenden wir die Erbauung der Amurbahn, und folglich werden in unserem Budget gewisse und zwar nicht geringe Mittel frei, die zum Bau derjenigen Eisenbahnen verwendet werden können, deren Bewilligung auf gesetzgeberischem Wege erfolgt. 2. Die Frage der strategischen Eisenbahnen muß meiner Ansicht nach von einem etwas andern Gesichtspunkte aus betrachtet werden: Wenn man als strategische Bahn die eine oder andere Linie bezeichnet, durch die der Aufmarsch unserer Armee an der Westgrenze beschleunigt wird, so kann es sich herausstellen, daß die Interessen des uns verbündeten Staates auf diese Weise nicht einmal gefördert werden. Zugegeben, daß diese Linie erbaut werden wird, daß aber gleichzeitig das übrige russische Eisenbahnnetz unentwickelt bleibt und bedeutende Gegenden Rußlands ohne Eisenbahnen sein werden, so werden dennoch die Konzentration der Armee, ihre Versorgung mit allem Nötigen und die rechtzeitigen Zufuhren nicht gewährleistet sein. Ich meine daher, daß die Frage der strategischen Bahnen abgeändert werden müßte im Sinne einer allgemeinen Entwicklung, Verstärkung und Ergänzung der schon bestehenden Linien. Dieses Ziel kann auf zweierlei Weise erreicht werden: Einerseits, indem die im Budget vorgesehenen Mittel zur Erbauung von staatlichen Eisenbahnlinien verwendet werden, andererseits, indem die private Eisenbahnbautätigkeit gefördert wird.

Ich habe deshalb der französischen Regierung vorgeschlagen, ihre auf die strategischen Eisenbahnlinien gerichtete Sorge durch eine allgemeinere Formel zu ersetzen, und zwar durch die Anerkennung der Notwendigkeit, das russische Eisenbahnnetz sowohl entsprechend den wirtschaftlichen als auch den strategischen Bedürfnissen des Staates zu verstärken, zu verbessern und weiter auszubauen. Ich habe hierbei zur Unterstützung dieser Formel zwei Gruppen von Beweismitteln angeführt: 1. Ganz unabhängig von unserem Meinungsaustausch über neue Anleihen gibt die russische Regierung zur Zeit große Mittel für ihr Eisenbahnnetz aus, indem z. B. im Budget des Jahres 1914 mehr als 66 Millionen Rubel allein zum Ankauf des rollenden Materials und unter anderem auch von sogenanntem Reservematerial für den Mobilmachungsfall angefordert werden. 2. Ein Staat, der die Friedenspräsenzstärke seiner Armee um 366 000 Mann zu erhöhen beschließt, bei einer Erhöhung des Rekrutenkontingents durch eine jährliche Einstellung von fast 100 000 Rekruten, und zu diesem Zwecke eine einmalige Ausgabe von mehr als 500 Millionen

Rubel und jährlich mindestens 100 Millionen Rubel außer den schon jetzt verausgabten Summen bewilligt, ein solcher Staat muß natürlich gleichzeitig auch an sein Eisenbahnwesen denken. Wenn er dieses Gebiet bei der Verstärkung seiner Armee nicht beachten und seine Eisenbahnen nicht entsprechend entwickeln würde, so wären alle Pläne zur Verstärkung seiner Armee zwecklos. Eine verstärkte Armee kann nur durch ein entsprechend entwickeltes Eisenbahnnetz zusammengezogen und nach ihrem Bestimmungsort befördert werden. Meine Gründe wurden von der andern Seite, wie mir scheint, als durchaus überzeugend anerkannt, und die von mir vorgeschlagene Formel hat zu keinen Einwendungen Anlaß gegeben.

Auf eine derartige Lösung der allgemeinen Frage konnte ich jedoch unsern Meinungsaustausch nicht beschränken und unterbreitete der französischen Regierung eine Reihe anderer nicht weniger wichtiger Fragen, die ich mich auch verpflichtet fühle, dem Ermessen Eurer Kaiserlichen Majestät zu unterbreiten.

1. Die Erreichung der grundsätzlichen Zustimmung zur Ausgabe neuer Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markt könnte nur dann praktische Bedeutung haben, wenn der genaue Zeitpunkt festgesetzt würde, zu dem die Emission für möglich erkannt wird. Wir brauchen sofort Mittel für private Eisenbahnbauten, und eine ganze Reihe schon erteilter Konzessionen bedarf nur noch der Geldmittel, um im Frühjahr die eigentlichen Arbeiten zu beginnen. Währenddessen wird, wie ich weiter oben zu berichten das Glück hatte, der Markt von Paris von einer Menge von Geldforderungen mehrerer Staaten bestürmt: Bulgarien, Serbien, die Türkei, Rumänien und sogar Österreich-Ungarn (angeblich für die Südbahn) haben sich bereits um die finanzielle Unterstützung des Pariser Marktes bemüht, indem sie freigebig Bedingungen anboten, die den Vermittlern und Spekulanten natürlich viel verlockender erscheinen als die bei einer Ausgabe russischer Eisenbahnanleihen möglichen. Ich mußte deshalb mit der Gefahr rechnen, daß die grundsätzliche Einwilligung der französischen Regierung ihre praktische Bedeutung verlieren könnte, wenn die obenerwähnten Anleihen alle vor der unsrigen herauskämen. Durch das von mir erzielte Übereinkommen wird diese Gefahr vollkommen abgewendet. Die französische Regierung teilte meinen Standpunkt, daß es notwendig sei, uns den Vorrang vor allen andern Staaten zu lassen, mit Ausnahme Frankreichs selbst, das jetzt eine bedeutende Anleihe, allerdings im eigenen Lande, anzufordern gezwungen ist. Auf Grund einer Vereinbarung, die vom Präsidenten der Republik bestätigt und folglich von allen Zufälligkeiten eines Kabinettswechsels unabhängig ist, wird die Ausgabe unserer Eisenbahnanleihen nur dem Abschluß der französischen Anleihe nachstehen und kann gleich zu Anfang des nächsten Jahres erfolgen, wenn es der französischen Regierung nur gelingt, noch im Laufe des Dezem-

bers die nicht unbedeutenden Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Zustimmung der Kammern zu der französischen Anleihe entgegenstellen. Der Ministerpräsident hofft durchaus, diese Hindernisse überwinden zu können, und wir dürfen deshalb ziemlich sicher sein, daß unsere Eisenbahnanleihe nicht später als zu Beginn des nächsten Jahres emittiert werden wird. Die einzige Ausnahme von diesem uns den Vorrang sichernden Übereinkommen mußte ich grundsätzlich zugunsten eines Teiles der serbischen Anleihe zugeben, da eine diesbezügliche Einigung noch vor meiner Ankunft zwischen der serbischen Regierung und den Pariser Geldinstituten erzielt worden war. Unser Botschafter in Paris hat nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die serbische Anleihe nicht bis zum Abschluß unserer Angelegenheiten zu verzögern, da sich die serbische Regierung in einer äußerst schwierigen Lage befinde und ohne die Unterstützung des französischen Marktes nicht imstande wäre, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen rechtzeitig zu decken. Dies Zugeständnis bedeutet jedoch für uns keinerlei Schwierigkeit. Die ganze serbische Anleihe beträgt 250 Millionen Franken, wobei es sich jetzt nur um die Hälfte dieses Betrages, d. h. um 125 Millionen Franken, handelt, während die Ausgabe des Restes auf ein weiteres halbes Jahr verschoben wird. In Anbetracht einer so unbedeutenden Summe mußte ich dem Drängen des Hofmeisters Iswolski nachgeben, das im Grunde genommen auch der Meinung der Leiter der großen Pariser Geldinstitute und auch unseres Außenministeriums entsprach, und ich glaube, daß es den Pariser Banken durchaus möglich sein wird, diese kleine Summe gleichzeitig mit dem Beginn unserer Kreditoperationen Serbien vorzustrecken.

2. Das größte Hindernis für die Emittierung unserer Eisenbahnanleihen in Frankreich bildet das System der gegenwärtigen fiskalischen Gesetzgebung, das diese Art Wertpapiere sehr hoch besteuert. Infolgedessen kostet die Emission von Anleihen in Frankreich viel mehr als in England und Deutschland. Wenn wir die tatsächliche Möglichkeit hätten, unsere Eisenbahnbauten mit Hilfe des Londoner und Berliner Marktes zu finanzieren, so hätten wir es einfach zu vermeiden, uns an den Pariser Markt zu wenden. Da dies aber ganz undenkbar ist, so sind wir gezwungen, ausgesprochen ungünstige Vereinbarungen einzugehen, um die für uns so notwendige Entwicklung unseres Eisenbahnnetzes nicht ganz einzustellen. Hieraus ergab sich naturgemäß, daß ich alles mögliche versuchte, um wenigstens einigermaßen die Verluste zu verringern, die mit der Anwendung der fiskalischen Gesetze verbunden sind. Dies wäre um so wünschenswerter, als die Verluste sowohl vom genauen Sinne der Gesetze, als auch in noch größerem Maße von der Art ihrer Anwendung abhängig sind. Die Art der Anwendung wird zum großen Teil von den Organen der Finanzverwaltung bestimmt. Diese Frage ist während unserer Ver-

handlungen nicht von mir aufgeworfen worden, sondern von H. Luguët, dem Börsenvorstand (eine Stellung, die etwa der unseres Direktors der Kreditkanzlei entspricht), der jedoch nicht eine Milderung des fiskalischen Gesetzes zu unseren Gunsten, sondern vielmehr eine uns nachteilige Auslegung des genauen Sinnes der letzten Verträge angeregt hat, die unsere Eisenbahngesellschaften wenigstens gegen eine Erhöhung der Abgaben in Zukunft sicherten. Ich habe diesen Umstand benutzt, um der französischen Regierung vollständig offen zu erklären, daß nicht von einer weiteren Erhöhung der Steuern die Frage sein dürfe, sondern daß man nach einer Art der Gesetzanwendung suchen müsse, die uns nicht zwingt, den französischen Markt zu meiden und es dem uns verbündeten Frankreich nicht unmöglich mache, uns bei dem umfangreichen Ausbau unseres Eisenbahnnetzes zu unterstützen. Ich mußte die französischen Minister darauf hinweisen, daß dies entweder durch eine Abänderung des entsprechenden Gesetzes erreicht werden könne oder, falls dies nicht möglich sein sollte, durch eine wohlwollende Auslegung des Gesetzes, das hierzu durchaus die Möglichkeit biete. Ich habe in dieser Hinsicht keine festen Versprechungen erhalten, aber aus allen meinen Verhandlungen mit der Regierung habe ich die feste Überzeugung gewonnen, daß sie unseren Standpunkt teilt, und ich hoffe, wir können bei den bevorstehenden Kreditoperationen auch auf die praktische Bedeutung dieser Bereitwilligkeit rechnen. Jedenfalls war es mir möglich, durch unsere Gründe viele Vertreter der einflußreichen politischen Kreise zu interessieren, mit denen die französische Regierung so sehr rechnet und die mir ihre weitgehende Unterstützung zugesagt haben.

3. Ein nicht unbedeutendes Hindernis für eine erfolgreiche Unterbringung unserer Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markte bildet, wie die französische Regierung erklärte, der Umstand, daß sich im Laufe des Jahres einzelne Privatgesellschaften wiederholt mit der Bitte um Unterbringungen verhältnismäßig kleiner, staatlich garantierter Anleihen an den Pariser Markt wenden und noch mehr der Umstand, daß, abgesehen von dem Abschluß dieser Anleihen selbst, sich ständig an denselben Markt oder an einzelne Banken verschiedene Vermittler wenden, die sehr oft gar nicht einmal die Ermächtigung zum Bau irgendeiner Bahn haben, sondern in Erwartung der Gewährung einer Konzession sich ohne Auswahl an die einzelnen Bankinstitute um finanzielle Unterstützung wenden und ihnen oft Zugeständnisse und Vorteile versprechen, die später von der russischen Regierung natürlich nicht anerkannt werden können. Zur Vermeidung derartiger Vorfälle habe ich der französischen Regierung vorgeschlagen — und sie ist meinem Wunsche entgegengekommen — daß während der Vorverhandlungen alle Vermittler ausgeschaltet werden, und nur das Finanzministerium das Recht erhält, der französischen

Regierung im voraus Mitteilungen zukommen zu lassen, welche Konzessionen und wem sie bewilligt worden sind und wann man die Frage der Kapitalsbeschaffung aufzuwerfen gedenkt. Um andererseits die häufige Wiederholung kleinerer Anleihen im Laufe eines Jahres zu vermeiden, hat die französische Regierung den ihr noch im Juni gemachten Vorschlag angenommen, statt einzelner kleinerer Anleihen zu einem bestimmten Zeitpunkte eine einzige Gesamtoperation vorzunehmen, die eine ganze Reihe von Privatunternehmen einschloesse, und dann den Markt im Laufe ungefähr eines ganzen Jahres unbehelligt zu lassen und ihm die Möglichkeit zu geben, die Wertpapiere in Ruhe unterzubringen. Bei einer grundsätzlichen Zustimmung der Regierung zu einer 500-Millionen-Franken-Anleihe jährlich werden wir somit die Möglichkeit erhalten, in Frankreich im Laufe von drei Jahren bis zu 1500 Millionen Franken oder ungefähr 600 Millionen Rubel unterzubringen, die genügen werden, um ungefähr 8500 Werst Eisenbahnen zu bauen.

Besprechungen mit dem Deutschen Reichskanzler

Als ich meine Reise in Berlin unterbrach, war ich, wie ich Eurer Majestät im vorhergehenden bereits berichtet habe, der Meinung, mein dortiger Aufenthalt würde nur dazu dienen, mich dem Deutschen Kaiser vorzustellen, um ihm für die Verleihung des höchsten preußischen Ordens vom Schwarzen Adler zu danken.

In Wirklichkeit habe ich jedoch, ohne es zu wollen, an einer Angelegenheit teilnehmen müssen, auf die Eure Majestät Ihre allerhöchste Aufmerksamkeit ganz besonders zu lenken geruht haben. Am Tage, als ich in Berlin ankam, hat mich der Außenminister durch Vermittlung unseres Botschafters gebeten, mich mit dem Reichskanzler und, wenn möglich, mit Kaiser Wilhelm selbst über den von der deutschen Regierung ausgearbeiteten Plan auszusprechen, eine besondere Militärmission zur Organisation eines türkischen Musterkorps, das unter dem Kommando der Offiziere dieser Mission stehen sollte, nach Konstantinopel zu entsenden. Aus den mir mitgeteilten Schriftstücken habe ich zum ersten Male von dieser Sache Kenntnis genommen, wobei es sich gleich zu Anfang herausstellte, daß die Pläne der deutschen Regierung erst ganz in letzter Zeit uns bekannt geworden waren, und zwar, als der Minister des Auswärtigen sich zu seinem alleruntertänigsten Vortrage nach Livadia begeben hatte, während dieser anscheinend schon längst gehegte Plan zwischen dem deutschen Reichskanzler und Hofmeister Sasonow während seines letzten Aufenthaltes in Berlin nicht einmal erwähnt worden war.

Die Aussprachen, die ich aus diesem Anlasse sowohl mit dem Reichskanzler als auch mit dem Deutschen Kaiser hatte, haben bei

mir den Eindruck hinterlassen, daß der Anfang dieser Angelegenheit bis zum Frühjahr des laufenden Jahres zurückreicht, wobei der Reichskanzler, wie er mir auch selbst in einer durchaus aufrichtigen Unterredung bestätigte, wohl kaum genau über den beabsichtigten Schritt unterrichtet war. Er wußte nur, daß die türkische Regierung Deutschland vorgeschlagen hatte, die Instruktoren für die türkische Armee zu stellen; daß der Deutsche Kaiser diese Frage Eurer Kaiserlichen Majestät gegenüber während Ihres Aufenthaltes in Berlin im Mai d. J. in einer persönlichen Unterredung berührt hatte; daß Eure Majestät keine sachlichen Einwendungen erhoben hatten, da die Lehrtätigkeit der deutschen Offiziere in der türkischen Armee mehr als 20 Jahre ununterbrochen stattgefunden hatte; daß aber später die ganze weitere Entwicklung dieser Frage, im Sinne der Bildung eines Musterkorps unter deutschem Kommando und der Stationierung dieses Korps in der türkischen Hauptstadt, H. von Bethmann-Hollweg überhaupt unbekannt war und daß sich nur die militärischen Stellen des Deutschen Reiches hiermit befaßt hatten. Der Kanzler hat mir in mehrfachen und ganz aufrichtigen Unterredungen nicht verheimlicht, es sei ihm der Gedanke ganz besonders schmerzlich, daß man hätte annehmen können, er habe an der Ausarbeitung eines Rußland unangenehmen Planes teilgenommen und unseren Außenminister nicht rechtzeitig unterrichtet. „Seit vier Jahren auf dem Posten des Reichskanzlers,“ sagte mir H. von Bethmann-Hollweg, „mache ich alle Anstrengungen, um jeglichen Anlaß auch zum geringsten Mißverständnis zwischen den durch traditionelle Bande der Freundschaft und des Vertrauens verbundenen benachbarten Reichen zu beseitigen, und meine Ehrlichkeit ist eine Gewähr dafür, daß ich niemals meine Hand zu einer Handlung leihen werde, die Rußland gegenüber unaufrichtig ist.“ Alle meine Unterredungen mit dem Reichskanzler haben bei mir den Eindruck hervorgerufen, daß er völlig aufrichtig ist, und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich mir zu berichten erlaube, daß der Gedanke selbst, ein Armeekorps in Konstantinopel unter deutschen Offizieren zu bilden, tatsächlich H. von Bethmann-Hollweg entweder erst während der allerletzten Tage vor meiner Ankunft oder sogar teilweise aus meinen Erklärungen bekanntgeworden ist.

Was das Wesentliche dieser Angelegenheit anbelangt, so habe ich versucht, unseren Standpunkt, so gut ich es vermochte, darzulegen. Ich habe die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf gelenkt, daß uns die zur Instruktion der türkischen Armee entsandte Mission durchaus nicht beunruhigt. Wir verstanden es vollkommen, daß an und für sich der Vorschlag der Türkei, die sich nach den erlittenen Niederlagen an ihre früheren Instruktoren wendet, für Deutschland eine gewisse moralische Genugtuung bedeutet, und wir seien uns dessen klar bewußt, daß die deutsche Regierung der Türkei

dies nicht verweigern könne. Noch begreiflicher sei es, daß Deutschland nicht einmal mit dem Gedanken sich vertraut machen könne, es werde in der Türkei durch französische Instruktoren ersetzt werden; für uns wäre es noch weniger wünschenswert gewesen, wenn die Türkei sich an Österreich-Ungarn gewandt hätte; die englische Regierung habe die Leitung beim Wiederaufbau der türkischen Flotte übernommen und könnte naturgemäß nicht dieselbe Aufgabe in der Landarmee erfüllen. Es sei folglich durchaus verständlich, daß die Fortsetzung der früheren Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei, die dem Wesen nach nichts Neues enthielten, von Eurer Kaiserlichen Majestät nicht anders als durchaus wohlwollend hätte aufgenommen werden können. Ich habe mir erlaubt, hierbei ganz offen zu erklären, daß augenscheinlich Eurer Majestät nur dieser eine Plan, eine Mission zu entsenden, bekannt gewesen sei. Gänzlich verschieden müsse aber unser Standpunkt hinsichtlich eines deutschen Kommandos über ein Armeekorps in Konstantinopel sein. Ohne im geringsten die Frage zu berühren, inwieweit die Zusammenstellung eines Musterkorps unter deutschem Befehle als eine ernstliche Gefahr für Rußland betrachtet werden könne, habe ich H. von Bethmann-Hollweg auseinandergesetzt, daß ein derartiges Kommando die allerernstesten Bedenken unsererseits hervorrufen müsse. Zusammen mit Deutschland und den anderen Mächten wären wir bestrebt gewesen, die Reste des Türkischen Reiches in Europa mit Konstantinopel zu erhalten, zu einer Zeit, als Bulgarien als Sieger in diese Stadt einziehen wollte. Wir hätten hierin ein Hinausschieben der Lösung der Orientfrage erblickt und seien der Ansicht gewesen, daß es nicht nur für Rußland, sondern für ganz Europa am wünschenswertesten ist, die Meerengen zur Zeit in türkischen Händen zu belassen, und gleichzeitig seien wir von dem grundlegenden Gesichtspunkte ausgegangen, daß Konstantinopel die türkische Hauptstadt bleiben müsse, an deren Unverletzlichkeit alle Großmächte in gleicher Weise interessiert sind.

Die Bildung eines Korps unter dem Kommando eines deutschen Generals und ihm unterstellter deutscher Offiziere gebe dieser Angelegenheit eine ganz andere Wendung. Zunächst würden so die Botschafter der Großmächte unter den alleinigen Schutz Deutschlands gestellt. Bei den geringsten Verwicklungen werde die Unterdrückung von Unruhen diesem Truppenkörper übertragen, und Deutschland falle tatsächlich die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit in Stambul zu. Ich habe hinzugefügt, daß wahrscheinlich auch einige andere Mächte durch eine derartige Lage der Dinge nicht weniger als Rußland beunruhigt sein würden, und daß zu den noch nicht gelösten politischen Konflikten jetzt unwillkürlich noch ein neuer hinzukommen werde, der, was seine Schärfe anbelangt, vielen von ihnen nicht nachsteht. Ich habe zum Schluß meiner langen Un-

terredungen mit dem deutschen Reichskanzler alle meine Darlegungen in Form einer alternativen Bitte zusammengefaßt: entweder ganz auf das Kommando türkischer Truppen zu verzichten und dasselbe durch eine Inspektion, ungefähr auf der früheren Grundlage zu ersetzen, oder aber, wenn dies auf Grund der von Deutschland der Türkei gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht möglich sein sollte, das Musterkorps nicht in Konstantinopel zu konzentrieren, sondern in irgendeiner anderen Stadt, z. B. in Adrianopel oder irgendwo in Kleinasien, aber natürlich nicht an unserer Grenze und nicht in der Sphäre der besonderen Interessen Frankreichs.

Audienz beim Deutschen Kaiser

Meine Aussprache über dieselbe Frage mit dem Deutschen Kaiser ergab sich ganz natürlich und ist außerdem nicht von mir, sondern von Seiner Majestät begonnen worden.

Kaiser Wilhelm hat mich in ganz besonders huldvoller Weise empfangen. Die Audienz fand sofort nach seiner Rückkehr aus Kiel und an einem Tage (Buß- und Betttag) statt, an dem nach dem Hofzeremoniell sonst keine Empfänge stattfinden. Gleichzeitig hat der Kaiser es besonders hervorgehoben, daß Ihre Majestät die Deutsche Kaiserin, die am selben Tage aus Kassel zurückgekehrt war, mit den Traditionen des Berliner Hofes gebrochen habe, um mich zu empfangen. Kaiser Wilhelm begann die Unterredung mit dem Hinweis darauf, daß er die Stärkung der Türkei und die Erhaltung ihrer Unverletzlichkeit zur Zeit als eine der wichtigsten Aufgaben ganz Europas betrachte. Er erwähnte hierbei, daß anlässlich der Zusammenkunft im Mai d. J. sowohl Eure Majestät als auch der König von England seinen Standpunkt zu teilen geruhte und es für nötig befunden habe, der Türkei bei der Wiederherstellung ihrer zerstörten militärischen Organisation zu helfen, und daß er sich gerade von diesem Gesichtspunkte aus zur Annahme des türkischen Vorschlages bereit erklärt habe, eine besondere Militärmission zu entsenden, an deren Spitze er General Liman, einen der begabtesten Offiziere der deutschen Armee, gestellt habe. Diese Erklärungen Seiner Majestät haben mir die Möglichkeit gegeben, ihm ganz offen alle diejenigen Gründe darzulegen, die ich in meinen zweimaligen Unterredungen dem Reichskanzler auseinandergesetzt hatte. Ich hatte den Eindruck, daß meine Erörterungen dem Deutschen Kaiser sehr unangenehm waren. Er beeilte sich zu erklären, er verstehe durchaus nicht, wie man überhaupt nur dem Gedanken Raum geben könne, daß der Macht Rußlands von seiten der zerrütteten Türkei irgendeine Gefahr drohen könne, daß das frühere System der Instruktoren und der Inspektion nur zu einem völligen Mißerfolge geführt habe und daß er

sich in keinem Falle zu einer abermaligen Anwendung derselben entschließen könne. Als ich ihm nochmals und ganz aufrichtig die Gründe der russischen Regierung hinsichtlich des Kommandos eines Armeekorps in Konstantinopel darlegte, sagte er mir, dieser Gedanke gehe nicht einmal von Deutschland aus, sondern sei von der Türkei selbst geäußert worden; er sei aber bereit, die Frage, für dieses Korps eine andere Stadt als Konstantinopel auszusuchen, nochmals zu erwägen. Die letzten Worte Seiner Majestät gaben mir Anlaß zu bemerken, daß es, wenn der Gedanke eines deutschen Kommandos über ein in Konstantinopel stationiertes Armeekorps auf diese Weise entstanden sei, dann noch weniger schwierig erscheine, den in Aussicht genommenen Plan abzuändern und dem so natürlichen Wunsche Rußlands entgegenzukommen.

Um jeglichen Mißverständnissen in dieser Beziehung vorzubeugen, habe ich H. von Bethmann-Hollweg alle meine dem Deutschen Kaiser gemachten Ausführungen mitgeteilt und sodann den französischen Botschafter in Berlin, H. Cambon, eingehend von meinen Verhandlungen verständigt. Ich war einigermaßen erstaunt, vom französischen Botschafter zu erfahren, daß die Frage der Militärmission von ihm in einer Unterredung mit dem türkischen Botschafter Makhmud Mukhtar Pascha berührt worden war, aber die Einzelheiten hinsichtlich des Armeekorps und insbesondere der Auswahl Konstantinopels als Stabsquartier waren H. Cambon anscheinend unbekannt.

Wie sich diese Angelegenheit weiter entwickeln wird, kann ich Eurer Majestät nicht angeben, um so weniger als sie Gegenstand rechtzeitiger Berichte des Außenministers bleiben muß; ich will aber Eurer Majestät nicht verheimlichen, daß meine Auseinandersetzungen in Berlin bei mir einen unbefriedigenden Eindruck hinterlassen haben und mir Grund geben zu der Vermutung, daß die deutsche Regierung die von ihr gewählte Haltung nicht leicht aufgeben wird, wenn sie sie überhaupt aufgibt. Jedenfalls muß man bedauern, daß wir so spät von einem derartigen Unternehmen Kenntnis erhalten haben, da es leichter gewesen wäre, es ganz im Anfang zu ändern, als jetzt, wo wir es mit allen Anzeichen einer schon fast vollendeten Tatsache zu tun haben. Ich halte es aber für meine Pflicht, gerechterweise noch einmal vor Eurer Kaiserlichen Majestät zu bezeugen, daß ich während aller meiner Unterredungen keine Anzeichen bemerkt habe, die uns veranlassen könnten, dem deutschen Reichskanzler Mangel an Wohlwollen oder Aufrichtigkeit uns gegenüber vorzuwerfen.

*

Am Schlusse meines alleruntertänigsten Berichtes muß ich zur Kenntnis Eurer Kaiserlichen Majestät bringen, daß meine Tätigkeit

in Paris und in Berlin, die von den Vertretern der Regierungsgewalt und der einflußreichen politischen Persönlichkeiten und fast ausnahmslos auch von der Presse aller Schattierungen aufs günstigste beurteilt worden ist, in der russischen Presse eine scharfe Kritik und Ablehnung erfahren hat.

Obwohl meine Erklärungen über die auswärtige Politik nur das wiederholten, was den Inhalt der Tätigkeit der russischen Regierung im Laufe des letzten Jahres ausmacht, und nur eine genaue Ausführung der Weisungen Eurer Majestät darstellt, sind sie als eine mißlungene Darlegung einer falschen und den nationalen Interessen fernstehenden Politik hingestellt worden. Hierbei wurde jedoch nicht erwähnt, daß diese nationalen Ideale, die in einem verantwortungslosen Geschrei einer buntscheckigen Menge: „Wiederaufrichtung des Kreuzes auf der Hagia Sofia“, „Skutari für Montenegro“ ihren Ausdruck fanden, längst im Bewußtsein des Volkes der ruhigen Überlegung gewichen sind, daß diese undurchdachten Ideale falsch sind und daß darin ein klares Bewußtsein für die Aufgaben fehlte, die vom Schicksal Rußland zugewiesen worden sind.

Eine noch schärfere Verurteilung habe ich in der russischen Presse für einige flüchtige Bemerkungen erfahren, mit denen ich auf die mir von einem Redakteur einer Berliner Zeitung gestellten Fragen antworten zu müssen glaubte. Ich hatte ihn auf Bitten des Reichskanzlers hin empfangen. Diese Zeitung (das „Berliner Tageblatt“), die eine Rußland feindliche Richtung befolgt und allerhand Märchen über unsere inneren Zustände verbreitet, versuchte mir zu beweisen, sie habe genaue Nachrichten darüber, daß zwischen der Regierung und den gebildeten Kreisen der russischen Gesellschaft ein völliges Zerwürfnis bestehe, daß im Volke eine dumpfe Unzufriedenheit herrsche und eine Wiederholung der vor einigen Jahren erlebten Unruhen möglich sei. Der Redakteur der Zeitung bat mich, diese Nachrichten zu widerlegen und ihm meine Meinung über die inneren Zustände Rußlands mitzuteilen. Indem ich den Vorbehalt machte — und er hat dies gewissenhaft in seiner Zeitung wiederholt —, daß es sehr schwer, wenn nicht gänzlich nutzlos sei, über die innere Politik eines Landes mit einem Menschen zu sprechen, dem dieses Land unbekannt ist, erklärte ich, die Schlußfolgerungen seiner Zeitung über die innere Lage Rußlands seien nur darauf zurückzuführen, daß sie von tendenziösen Nachrichten lebe, die von einer nicht immer gewissenhaften Presse verbreitet werden, daß in dieser Hinsicht die Korrespondenten der ausländischen Zeitungen sich nur wenig von denen der russischen unterschieden, und daß die Quelle aller dieser Nachrichten meistens die Kreise des kleinen Bürgertums und die Wandelgänge der Reichsduma seien. Ich habe auch hinzugefügt, daß die Ausländer Rußland überhaupt nicht kennen und völlig grundlos annahmen, das ungeheure Reich mit seiner ge-

waltigen Bevölkerung lebe ausgerechnet von derartigen Nachrichten; sie verstünden nicht, daß das russische Volk nur den Wunsch hegt, ruhig zu leben und an seinem wirtschaftlichen Aufschwung zu arbeiten.

Diese grundlegenden und von allen meinen Gegnern, mit Ausnahme der ganz besonders erbosten, als richtig anerkannten Wahrheiten sind es nun gewesen, die zu den Angriffen auf mich geführt haben. Diese Angriffe enthielten als Beimischung die ersichtlich gewissenlose Beschuldigung, ich hätte mich bei Ausländern über die russische Reichsduma und die russische Presse beklagt. Ich wage anzunehmen, daß das wirkliche Ziel und die Beweggründe dieser Angriffe von Eurer Kaiserlichen Majestät durchaus erkannt werden, da sie dem unverhüllten Wunsch unserer politischen Kannegießer der verschiedensten Lager entspringen, nicht nur die Handlungen, sondern sogar das Denken der Regierung den Dumakreisen zu unterwerfen und die Regierung zu zwingen, an die angeblich unbezwingbare Kraft unserer Presse zu glauben, deren wahre Eigenart Eurer Kaiserlichen Majestät genau bekannt ist.

Der Ministerpräsident Staatssekretär W.N. Kokowtzow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 579

Paris, den 1./14. Dezember 1913

Telegramm Nr. 3333 erhalten.

Da Caillaux im Parlament erklärt hat, er ziehe den Entwurf einer französischen Anleihe zurück, habe ich Doumergue sofort eine Denkschrift überreicht, in der ich darauf hinweise, daß es wünschenswert sei, unsere Eisenbahnanleihe gleich jetzt unter den mit dem früheren Kabinett vereinbarten Bedingungen aufzulegen. Doumergue sagte mir, die Regierung müsse vor allem die finanzielle Lage eingehend untersuchen und beschließen, auf welche Weise das Defizit gedeckt werden soll: durch die Ausgabe von Schatzscheinen, durch eine Kapitalsteuer oder durch eine tilgbare Anleihe. Erst dann werde er mir eine bestimmte Antwort geben können. Er fügte hinzu, daß der am vorigen Donnerstag vom Parlament gefaßte Beschluß, daß „die finanziellen Einnahmequellen des Landes in erster Linie den nationalen Bedürfnissen zu dienen haben“, bis zu einem gewissen Grade die Handlungsfreiheit der Regierung beschränke. Er versicherte mir jedoch, daß die Regierung diesem Beschluß die weitestgehende Auslegung geben und meine Anfrage in wohlwollendster Weise prüfen

werde. Die endgültige Antwort kann Ende dieser oder Anfang nächster Woche erwartet werden. Für die weiteren Verhandlungen wäre es mir sehr erwünscht, sobald als möglich von W. N. Kokowtzow die versprochene schriftliche Darlegung der während seines Pariser Aufenthalts und in seiner Gegenwart im Ministerium des Äußern stattgefundenen Beratung zu erhalten.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 580

Paris, den 1./14. Dezember 1913

Fortsetzung von Nr. 579.

Auf meine Bitte hin hat unser Finanzagent den Finanzminister zu einer privaten Aussprache über unsere Anleihe veranlaßt. Caillaux hat A. Raffalowitsch erklärt, daß er durchaus bereit sei, in nächster Zeit eine Eisenbahnanleihe von 500 Millionen Franken zu gestatten. Ferner, daß die französische Anleihe, wenn sie beschlossen werden sollte, erst nach den Wahlen erfolgen werde, während einstweilen die Regierung wahrscheinlich Schatzscheine für 400 Millionen Franken ausgeben werde. Man glaubt in hiesigen Finanzkreisen, Caillaux werde sich gegenwärtig gerade für diese letzte Maßnahme entscheiden, und in diesem Falle würden die Banken, die diese Schatzscheine zu übernehmen haben, darauf bestehen, daß ihnen die Auflegung der Balkananleihen gestattet werde, um sich von Vorschüssen zu entlasten, die ihre Mittel festgelegt haben.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 585

Paris, den 2./15. Dezember 1913

Heute bestätigte mir Doumergue, daß die französische Regierung alles tun werde, um die Frage unserer Eisenbahnanleihe in dem von uns gewünschten Sinne zu lösen, und daß die Anleihe wahrscheinlich, wie früher vereinbart worden war, im Laufe des Januar aufgelegt werden würde. Die Regierung wird zweifellos hierbei auf den Widerstand einiger parlamentarischer Gruppen stoßen. Um diesen zu überwinden, wird sie auf alle Einzelheiten des zwischen uns und dem vorigen Kabinetts getroffenen Übereinkommen hinweisen müssen. Deshalb bittet Doumergue sehr, ihm möglichst bald das von Staatssekretär Kokowtzow versprochene Protokoll der Beratung zuzustellen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 3393 St. Petersburg, den 3./16. Dezember 1913

Ihr Telegramm Nr. 585 erhalten.

Das französische Außenministerium hat folgenden Wortlaut der Protokolle über die Beratung mit dem Staatssekretär Kokowtzow in Vorschlag gebracht:

1. Die Kaiserliche Regierung darf jährlich im Laufe von 5 aufeinanderfolgenden Jahren auf dem Pariser Markte eine Höchstsumme von 500 Millionen aufnehmen in Form von Staatsanleihen oder staatlich garantierten Anleihen zur Durchführung eines Eisenbahnbauprogramms.

2. Die Eisenbahnbauten, deren Notwendigkeit von dem französischen und dem russischen Generalstabschef während ihrer Beratungen im August 1913 anerkannt worden ist, werden sobald als möglich begonnen werden, damit sie innerhalb von 4 Jahren beendet sind; die Ausgabn werden, je nach Belieben der Kaiserlichen Regierung, entweder aus den Mitteln der Anleihen oder aus dem Überschuß des russischen Budgets bestritten werden.

3. Die Kaiserliche Regierung wird jedes Jahr der Regierung der Republik mitteilen, zu welchen Betrag Eisenbahnobligationen ausgegeben werden sollen, und wird um die Zulassung der einzelnen Serien zur Kotierung auf dem Pariser Markt bitten.

4. Die Emissionen werden in großen Serien von gleichartigen Obligationen erfolgen, die die gleichen Rechte und Garantien genießen und in gleicher Weise kotiert werden können.

5. Die erste Emission wird, soweit wie möglich, im Laufe des Januar erfolgen.

Vor der Abreise Delcassés nach Paris hat Staatssekretär Kokowtzow ihm diesen von ihm im allgemeinen gebilligten Wortlaut zur Übergabe an die französische Regierung eingehändigt, wobei er nur gebeten hat, die zweite Hälfte des zweiten Paragraphen zu ändern, und zwar nach den Worten „werden sobald wie möglich begonnen werden“ an Stelle der französischen Fassung zu setzen: „Die Kaiserliche Regierung wird sich bemühen, mit allen notwendigen Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Arbeiten tunlichst innerhalb von 4 Jahren ausgeführt werden.“

Jetzt bittet Kokowtzow, Ihnen mitzuteilen, daß er zwar seine Fassung des Paragraphen 2 vorziehe, aber, wenn hierdurch ernstliche Meinungsverschiedenheiten oder gar eine Verzögerung sich ergeben sollte, bereit sei, von ihr abzusehen und die von den Fran-

zosen vorgeschlagene unverändert anzunehmen, unter der Bedingung, daß das Abkommen schleunigst endgültig abgeschlossen wird.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 593

Paris, den 7./20. Dezember 1913

Telegramm Nr. 3393 erhalten.

Delcassé hat mir ein an ihn gerichtetes Telegramm der französischen Botschaft in Petersburg gezeigt, in dem mitgeteilt wird, wir seien mit der ursprünglichen Fassung des Paragraphen 2 des Protokolls einverstanden. Diese Nachricht hat Doumergue sehr erfreut, da es ihm hierdurch leichter gemacht wird, die Widerstände zu überwinden, die unserer Anleihe von den Oppositions- (Parteien) und Gruppen im Parlament entgegengesetzt werden. Soeben sagte er mir, er hoffe, mir eine endgültige günstige Antwort in einigen Tagen, d. h. nach den Parlamentsdebatten über die Finanzlage, geben zu können. Diese Debatten dürften wahrscheinlich den Anlaß für recht scharfe Einwendungen gegen unsere Anleihe abgeben. Delcassé entwickelt in den Wandelgängen des Parlaments eine sehr energische Tätigkeit zu unseren Gunsten und hofft, daß Doumergue als Sieger hervorgehen werde. Nach der Ansicht maßgebender Persönlichkeiten muß man jedoch mit der Möglichkeit des Sturzes des Kabinetts rechnen, was die Frage unserer Anleihe wiederum erschweren wird.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 3559

St. Petersburg, den 26. Dezember 1913/8. Januar 1914

Nr. 1.

Staatssekretär Kokowtzow bittet Sie, mit dem Ministerpräsidenten und, wenn nötig, mit dem Finanzminister Rücksprache zu nehmen, um die französische Regierung zu bewegen, in eine Vergrößerung unserer Eisenbahnanleihe, deren Emission ohne Aufschub verwirklicht werden muß, bis zu 600 Millionen Franken wirklich einzuwilligen. Das haben wir nötig, um die geplanten Eisenbahnbauten gemäß den von Kokowtzow in Paris ausgesprochenen Erwägungen

zu erweitern und zweitens, um neben der Gruppe von Großbanken mit dem Crédit Lyonnais und der Banque de Paris an der Spitze auch eine neue Gruppe zweitgradiger Provinzbanken, an deren Spitze der einflußreiche Cochery steht, an der Emission der Anleihe zu beteiligen. Die Befriedigung seines Wunsches wird der französischen Regierung wahrscheinlich erwünscht sein und die Reibungen im Parlament und in der Presse mildern. Wenn man Ihnen entgegnet, wir hätten doch schon soeben ein Abkommen über 500 Millionen unterzeichnet, können Sie darauf hinweisen, daß das Abkommen über die allgemeine Summe von 2,5 Milliarden auf fünf Jahre abgeschlossen sei, und daß man, wenn man die Summe dieses Jahres vergrößere, um ebensoviel die Summe des letzten Jahres vermindern könne. Die französische Regierung dringt selbst auf einen beschleunigten Bau der Bahnen und wird daher unsere Bitte wahrscheinlich als begründet anerkennen. Delcassé wird morgen von Kokowtzw darauf vorbereitet werden.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 3559

St. Petersburg, den 26. Dezember 1913/8. Januar 1914

Nr. 2.

Höchst geheim.

Die Erhöhung der Anleihe auf die angegebene Summe — erklären Sie es persönlich der französischen Regierung — wird durch die Notwendigkeit hervorgerufen, einen Teil der Bestellungen für das Artillerieressort den französischen Werken zu übergeben, da die russischen Werke nicht imstande sind, sie zur festgesetzten Frist auszuführen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 627

Paris, den 28. Dezember 1913/10. Januar 1914

Erhielt Ihr Telegramm Nr. 3559.

Sprach mich mit Doumergue und Caillaux aus, die mit der größten Bereitwilligkeit sowohl einer unverzüglichen Emission unse-

rer Eisenbahnanleihe zustimmen als auch ihrer Erhöhung auf 600 Millionen Franken. Caillaux bemerkte allerdings, bisher sei, soviel ihm bekannt gewesen sei, von 500 Millionen nominal die Rede gewesen, und er befürchte Einwendungen von Parlamentskreisen gegen 600 Millionen wirklich. Daher lasse er vorerst diesen Punkt offen und werde mir spätestens Montag endgültige Antwort geben. Er möchte auch die Möglichkeit haben, dem Parlament zu erklären, daß die allgemeine Summe von zweieinhalb Milliarden nicht vergrößert werde, mißt aber einer solchen Erklärung keinerlei praktische Bedeutung bei, da sich die Verhältnisse in fünf Jahren ändern können. Schließlich äußerte Caillaux, indem er in die Emission unserer Anleihe vor der französischen einwilligte, die Hoffnung, wir würden unsererseits einwilligen, nicht mit einemmal die ganze Summe zu verlangen, die durch die Anleihe erzielt wird, sondern wir würden zeitweilig einen Teil davon in Gestalt französischer Rente oder von Bons des französischen Staatsschatzes in Paris lassen, um den hiesigen Geldmarkt zu erleichtern, da ja nach zwei Monaten die französische Anleihe von 400 bis 500 Millionen Franken bevorstehe.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 628

Paris, den 30. Dezember 1913/12. Januar 1914

Der französische Finanzminister teilt mir soeben mit, daß die Erhöhung unserer Eisenbahnanleihe auf 600 Millionen Franken hier keinem wirklichen Widerstand begegnen würde.

Iswolski

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief Nr. 4

St. Petersburg, den 4./17. Januar 1914

Vertraulich

Eingegangen am 5./18. Januar 1913

Sergei Dmitriewitsch!

In einer Note vom 29. Dezember 1913 (11. Januar 1914) haben mir Eure Exzellenz Abschrift eines Geheimtelegrammes unseres Botschafters in Paris übersandt, in dem Hofmeister Iswolski uns die

Wünsche der französischen Regierung aus Anlaß der Bitte, Rußland das Recht der Auflegung einer Eisenbahnanleihe in Paris zu gewähren, ohne die Auflegung der französischen Staatsanleihe abzuwarten, wissen läßt.

Hierauf halte ich es für nötig, Eure Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich es für möglich erachten würde, der französischen Regierung eine durchaus zufriedenstellende Antwort auf die sie interessierenden Fragen zu geben.

Genehmigen Sie usw.

W. Kokowtzow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm

St. Petersburg, den 5./18. Januar 1914

Staatssekretär Kokowtzow hält es für völlig möglich, den Wünschen des französischen Finanzministers zuzustimmen, die in Ihrem Telegramm Nr. 627 vom 28. Dezember 1913 (10. Januar 1914) niedergelegt worden sind. Diese Zustimmung erfolgt in dem Sinne, daß entsprechend der Erklärung des Ministers im Parlament die Gesamtsumme der Anleihen von $2\frac{1}{2}$ Milliarden Franken nicht erhöht werden wird und wir die sofortige Flüssigmachung der Gesamtsumme der nächsten Anleihe verlängern werden. Mit Bezug hierauf wollen Sie der französischen Regierung eine die Wünsche des H. Caillaux bestätigende Antwort geben.

Sasonow